

Bibl. Mont.

4403





2403

Bibl. Mont

<36631968660017



<36631968660017

Bayer. Staatsbibliothek

Allgemeine
E i n l e i t u n g
in das
juristische Studium

Zum Gebrauche von Vorlesungen
über die sogenannte Encyclopädie
und Methodologie.

Vom
Hofrath und Professor
Dr. Karl Aug. Dominic. Unterholzner
in Landshut.

München u. Burghausen.
Bei Ernst August Fleischmann.
1 8 1 2.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Den
grossen Führern
der historisch juristischen Schule

Herrn
Professor Ritter Hugo
in Göttingen

und
Herrn
Professor von Savigny
in Berlin

seinen Lehrern und Freunden

zum Beweise
seiner Hochachtung und Liebe
gewidmet

Der

großen Führen

der höchsten geistlichen Schule

Herrn

Professor Rüdiger Hugo

in Göttingen

und

Herrn

Professor von Savigley

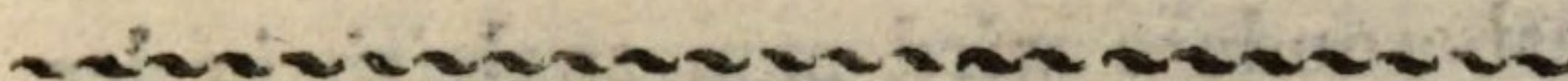
in Berlin

seiner hohen und ehrenvollen

Annahme

seiner Hochachtung und Liebe

mit dem



V o r r e d e.

Das Bedürfniss der Vorlesungen hat schon so viele Schriften entschuldigen müssen, daß es billig ist, auch mir eine Aufnahme in den geräumigen Hallen dieses Asyls zu verstatten, gesetzt auch, man fände wirklich in meiner Arbeit keinen weitem Gewinn für die Wissenschaft. Uibrigens aber war meine Absicht keineswegs, die Anzahl der bisherigen Compendien über die Encyclopädie und Methodologie mit einem neuen zu vermehren, was sich weder dem Plane noch der Ausführung nach von seinen Vorläufern unterschiede.

Insbesondere wird man sogleich in der Hauptanlage die Verschiedenheit bemerken, daß dieser Einleitung nicht der beschränkte Plan einer Einleitung in das teutsche Recht zum Grunde liegt, sondern daß sie vielmehr durchgängig aus einem allgemeineren Gesichtspunkte gearbeitet ist. Was sich auf das römische oder germanische Recht insbesondere bezieht, mag dem römischen oder germanischen Rechte als besondere Einleitung vorangeschickt werden. Wenn man daher auf der einen Seite Manches, was man vielleicht sucht, nicht finden wird, so wird man doch wieder auf der andern Seite Manches finden, was gewöhnlich in einer Einleitung übergangen zu werden pflegt, z. B. die offenbar in die Methodologie gehörige Interpretationslehre. Daß die in dieser Beziehung von mir aufgestellten Grundsätze Widerspruch finden werden, sehe ich voraus. Es wird Vielen nicht einleuchten wollen, daß
der

Geist des Gesetzes über den klaren Buchstaben herrschen soll, und sie werden es schwerlich über sich vermögen können, den Buchstaben als ein bloßes Hülfsmittel zu betrachten, um daraus den Willen des Gesetzgebers (der den Geist des Gesetzes ausmacht) zu erkennen. Dafs dieser Buchstabe den Willen des Gesetzgebers wirklich ausdrücke, hat freilich einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich; allein diese Vermuthung für den Buchstaben ist dennoch keineswegs unumstößlich, sobald hinreichende Gründe vorhanden sind, welche einen andern Willen vermuthen lassen. Daraus wurde nun gefolgert, dafs 1. aus hinreichenden Gründen selbst der Grundtext emendirt werden könne; 2. dafs der buchstäblich klare Sinn einer Rechtsnorm eingeschränkt und ausgedehnt werden dürfe, wenn aus hinreichenden Gründen anzunehmen ist, dafs der Ausdruck zu weit oder zu enge sei. — Diese

se

se aus der Natur der Sache abgeleiteten Interpretationsregeln werden so lange richtig bleiben, als nicht etwa durch ausdrückliche Gesetze es dem Juristen zur Pflicht gemacht ist, sich schlechterdings an den Buchstaben zu halten. Man möchte sich aber gar sehr irren, wenn man eine solche Bestimmung als hohe Weisheit preisen und von ihr die besten Wirkungen für die Festigkeit des Rechts erwarten wollte. Jede Abweichung vom Geiste eines Rechtssystems im Einzelnen erzeugt Inconsequenzen, und diese Inconsequenzen werden den nachtheiligsten Einfluss äußern, wenn es darauf ankömmt, die Gesetze auf nicht bestimmte Fälle analogisch anzuwenden. Wenn man inzwischen häufig anderer Meinung ist, und es für zweckmäfsig hält, daß der Jurist auf den trockenen Buchstaben hingewiesen werde, so ist dieses die natürliche Wirkung des Alles mechanisirenden Zeitgeists. — Bei Gelegenheit
der

verschiedenen Interpretationsmethoden war auch der Ort, die Begriffe über die historisch-juristische Schule etwas zu berichtigen, und die Vorwürfe zu widerlegen, welche man gegen die historische Methode zu machen pflegt. Vielleicht bin ich so glücklich, daß ich nicht, indem ich mich als Anhänger dieser Schule erkläre, mit den buchstäblichen Juristen verwechselt werde. Es ist möglich, daß einige Vertheidiger der historischen Jurisprudenz zu dieser Verwechslung dadurch Veranlassung gegeben haben, weil sie die *interpretatio ex ratione legis* verwarfen. Allein dieses kann auf jeden Fall nur von derjenigen Interpretation gemeint sein, wobei die *ratio legis* willkührlich geschaffen wird, ohne daß man auf die Verhältnisse Rücksicht nimmt, unter welchen ein Rechtssatz sich gebildet hat. Wenn die wirkliche *ratio legis* mit wahrhaft historischem Geiste ausgemittelt worden ist, so kann die Zulässigkeit

heit einer darauf gegründeten Interpretation keinem Zweifel unterliegen.

Das Schriftchen hat übrigens den Namen Einleitung in das juristische Studium erhalten. Es hätte auch Propädeutik des juristischen Studiums heißen können, wenn es gerade um einen griechischen Namen zu thun gewesen wäre; denn dieser Ausdruck passt für einen Inbegriff von Lehren, welche nicht eigentlich der Wissenschaft selbst angehören, sondern ihr einleitungsweise vorangehen müssen. Dagegen scheint mir die gewöhnliche Benennung juristische Encyclopädie ganz unpassend, da dieser Ausdruck seiner Etymologie nach mehr geeignet sein möchte, eine in allgemeinen Umrissen gezeichnete (also mehr oberflächliche und für den allgemeinen Unterricht berechnete Darstellung der Rechtswissenschaft (eine ἐνκύκλιος παιδεία) zu bezeichnen; also dasjenige, was man gewöhnlich in-

ne-

nere Encyclopädie oder Institutionen genannt hat.

In den Noten habe ich mir die Freiheit genommen, bisweilen die Grenzen eines Compendiums zu überschreiten, und hie und da fremde Meinungen zu berühren und zu widerlegen. Es geschah dieses vorzüglich, um für den bloßen Leser meine Grundsätze durch ihre Anwendungen deutlicher zu machen. Den Zuhörern mag immerhin manches dunkel bleiben. Wenn sie späterhin einmal dieses Schriftchen zur Hand nehmen, nachdem sie den academischen Cursus bereits ganz oder zum grossen Theil durchlaufen haben und vielleicht aus andern Vorlesungen über manche Punkte andere Meinungen mitbringen, so kann es ihnen interessant sein, jetzt diese Punkte in einem Zusammenhang mit den Grundsätzen zu sehen, welche ihnen in ihren frühesten Vorlesungen entwickelt worden sind,

um

um so mehr als sie gewöhnlich in der Losgerissenheit, wie ihnen die Sache in andern Vorlesungen dargestellt worden war, diesen Zusammenhang nicht sogleich bemerkten, und daher zu keiner klaren Einheit in ihren Ueberzeugungen gelangt sind. Wenigstens weiß ich aus meiner eigenen Erfahrung, daß ich mich mehrmals in einem ähnlichen Falle befunden habe.

Aus der ersten Anmerkung zum 4. §. könnte man vielleicht glauben, daß ich auch zu denjenigen gehöre, die allenthalben gegen ihre Recensenten zu Felde ziehen, und sich keiner Belehrung unterwerfen wollen. Ferne sei mir eine solche gelehrte Renomisterei! Ich werde gewiß immerhin gründliche Belehrungen mit dem aufrichtigsten Danke erkennen; und es freut mich recht sehr, daß ich bereits einmal (bei Gelegenheit der Recension meiner Inaugural - Dissertation in den
Hei-

Heidelberger Jahrbüchern) in den Fall gekommen bin, von meinem Recensenten recht Vieles zu lernen. Auch in der Recension meiner Abhandlungen war mir der mathematische Theil von grossem Interesse. Aber das Uibrige der Recension ist so auffallend seicht, daß man wohl sieht, es habe der Rec. sich nicht die Mühe genommen; das von ihm recensirte Buch mit Aufmerksamkeit durchzulesen. Ich werde daher auch schwerlich irren, wenn ich glaube, daß der mathematische Theil der Recens. einen ganz andern Verf. hat.

Was übrigens die in der Note zum §. 2. geäußerte Behauptung betrifft, als ob es nur ein positives Recht gebe, daß also von einem natürlichen Rechte gar nicht die Rede sein könnte, so muß ich bemerken, daß ich gegenwärtig allerdings der Meinung bin, es lasse sich in einem zu rechtfertigenden Sinne von einem natürlichen Rechte spre-

sprechen. Vielleicht finde ich Gelegenheit, meine Ansichten über diesen Punkt anderswo zu äußern. Vorläufig muß ich nur zu meiner Rechtfertigung bemerken, daß ich zu dem Begriff eines natürlichen Rechts auf eine ganz neue und eigenthümliche Weise gelangt bin, und nur durch die Uiberzeugung von der Unzulänglichkeit der bisherigen Deductionen dahin gekommen war, das Dasein eines natürlichen Rechts gänzlich zu läugnen. Uibrigens hat diese Veränderung meiner Ansicht auf dieses Büchlein gar keinen weiteren Einfluß; denn dieses hatte niemals etwas anders werden sollen, als eine Einleitung in das Studium des positiven Rechts, sowohl in historischer als rationeller Hinsicht.

Einige Druckfehler bitte ich durch die Entfernung des Druckortes zu entschuldigen.

Landshut im Juli 1811.

Inhaltsanzeige.

Erstes Hauptstück.

Von dem Rechte an sich betrachtet.

I. Recht überhaupt.

1. Recht. §. 1.
2. Begründung des Rechts. §. 2.
3. Subjecte des Rechts. §. 3.
4. Objecte des Rechts. §. 4.
5. Inhalt des Rechts. §. 5.
6. Extensive Wirksamkeit des Rechts. §. 6.
7. Sanction des Rechts.
 - a. Ideale Sanction des Rechts. §. 7.
 - b. Reale Sanction des Rechts. §. 8.

II. Individuelles Recht und Recht des Verkehrs. §. 9.

III. Gesellschaftliches Recht.

A) Gesellschaftliches Recht überhaupt.

- 1) Begründung des gesellschaftlichen Rechts. §. 10.
- 2) Umfang des gesellschaftlichen Rechts. §. 11.
- 3) Oeffentliches und Privatrecht. §. 12.

B. Bürgerliches Recht insbesondere.

1. Erläuterung des Ausdrucks. §. 13.
2. Umfang des bürgerlichen Rechts. §. 14.
3. Theile des bürgerlichen Rechts. §. 15.
4. Abgerissene Rechtstheile. §. 16.

Inhaltsanzeige.

C. Recht der untergeordneten Gesellschaften im Staate. §. 17.

IV. Recht unter Völkern. §. 18.

Zweites Hauptstück.

Von dem Rechte als Gegenstand der Wissenschaft.

I. Von der Rechtswissenschaft an sich.

1. Begriff der Rechtswissenschaft. §. 1.
2. Verschiedene Art der Beziehung des Rechts auf die Wissenschaft. §. 2.
3. Interesse der Rechtswissenschaft. §. 3.
4. Subjecte der Rechtswissenschaft. §. 4.

II. Vom juristischen Studium.

A. Quellen des juristischen Studiums.

1. Quellen des rationellen jurist. Studiums. §. 5.
2. Quellen des positiven juristischen Stud. §. 6.

B. Methode des juristischen Studiums.

1. Einleitung. §. 7.
2. Von dem Umfang des juristischen Studiums.
 - a. Umfang des juristischen Studiums in positiver Hinsicht. §. 8.
 - b. Umfang des juristischen Studiums in rationeller Hinsicht. §. 9.
3. Vom juristischen Quellenstudium.
 - a. Vom juristischen Quellenstudium im Allgemeinen. §. 10.
 - b. Vom Quellenstudium bei der rationellen Rechtswissenschaft. §. 11.

Inhaltsanzeige.

- c. Vom Quellenstudium bei der posit. Rechtswissenschaft.
 - d. Von der Interpretation.
 - aa. Von der Interpretation überhaupt.
 - A. Grundsätze derselben. §. 12.
 - B. Daraus hervorgehende juristische Hilfswissenschaften. §. 13.
 - C. Arten der Interpretation. §. 14.
 - bb. Von den einzelnen Arten der Interpretation.
 - A. Stricte Interpretation.
 - a. Uiberhaupt. §. 15.
 - b. Insbesondere
 - a. bei unrichtigem Texte. §. 16.
 - b. bei neuen Rechtssätzen. §. 17.
 - c. bei Rechtssammlungen. §. 18.
 - B. Analogische Anwendung der Rechtsnormen. §. 19.
 - C. Begrenzung der Rechtssätze wegen veränderten Umständen. §. 20.
4. Von den Hilfsmitteln des juristischen Studiums.
 - A. Von den Hilfsmitteln des juristischen Studiums im Allgemeinen. §. 21.
 - B. Von der Praxis. §. 22.
 - C. Von dem academischen Studium.
 - a. Würdigung der Vortheile und Nachtheile derselben. §. 23.
 - b. Räthlichkeit von Vorlesungen. §. 24.
 - c. Bedingungen der möglichst guten Benützung. §. 25.
 - D. Vom Bücherstudium. §. 26.
5. Von der Anordnung des juristischen Studiums.

Inhaltsanzeige.

- A. Grundsätze derselben im Allgemeinen. §. 27.**
- B. Von der systematischen Anordnung. §. 28.**
- C. Von der vorbereitenden Anordnung.**
 - a. Uiberhaupt. §. 29.**
 - b. Anordnung der juristischen Hauptwissenschaften.**
 - aa. Von der Anordnung der jurist. Hauptwissenschaften im Allgemeinen. §. 30.**
 - bb. Von der Verbindung verschiedenartiger Rechtstheile insbesondere. §. 31.**
 - c. Anordnung der Hülfswissenschaften. §. 32.**

Drittes Hauptstück.

Von dem Rechte als Gegenstand der Kunst.

- I. Von der Rechtskunst. §. 1.**
- II. Von den Bedingungen der Rechtskunst. §. 2.**
- III. Von den Hülfsmitteln der practischen Ausbildung.**
 - 1. Uiberhaupt. §. 3.**
 - 2. Von practischen Collegien auf Universitäten insbesondere. §. 4.**

Erstes Hauptstück.

Von dem Rechte an sich betrachtet.

I. Recht überhaupt.

§. 1.

Recht.

Wenn mehrere Wesen fähig sind, das Mißfallen am Streite wahrzunehmen, oder wenigstens Sinn haben für die mancherlei empirischen Vorthelle, die aus der Eintracht entspringen, dabei auch in einem solchen äußern Verhältnisse sich befinden, daß eine Collision ihres beiderseitigen Willens in

A

An-

Ansehung äußerer Gegenstände entweder schon vorhanden oder doch zu befürchten ist, so werden sie sich veranlasst fühlen, zur Vermeidung des Streits eine gemeinschaftliche Vorschrift als Richtschnur ihrer äußern Wirksamkeit anzuerkennen. Eine solche Vorschrift nennt man einen **Rechtssatz** (Rechtsatzung, Rechtsnorm) oder ein **Recht**; und der Innbegriff aller dergleichen rechtlichen Bestimmungen heißt das **Recht jener Wesen**. Man sagt von ihnen in dieser Beziehung, daß sie in **Rechtsverhältnissen** oder in einem **rechtlichen Zustande** stehen. — Jene Voraussetzungen, welche Rechte entstehen machen, finden wir bei den Menschen, und unter den uns bekannten Wesen nur bei den Menschen. Daher ist von dem Rechte insbesondere unter Menschen die Rede.

§. 2.

Begründung des Rechts.

Das Wesen des Rechts beruht auf der Anerkennung derjenigen, für welche es als Norm der äußern Wirksamkeit gelten soll, (also, wenn man so will, auf einem Vertrag im weitesten Sinn). Die Anerkennung schließt aber in sich 1. eine Willensbestimmung, gleichgiltig übrigens, ob sie freiwillig sei oder erzwungen; 2. eine Willenserklärung, welche übrigens theils ausdrücklich geschehen kann, theils stillschweigend. Es versteht sich, daß die Anerkennung nicht allemal speciell zu erfolgen braucht; man kann auch zum Vorhinein und im Allgemeinen sich demjenigen unterwerfen, was irgend Jemand (z. B. ein Gesetzgeber) als Recht festsetzen würde.

Insoferne daher alles Recht auf einer Festsetzung beruht, ist auch alles Recht seiner Na-

tur nach positiv. Daraus erhellet das Pleonastische des Ausdrucks: positives Recht. Diese Bemerkung gilt aber nur, wenn jener Ausdruck nicht so viel als positive Rechtswissenschaft bedeuten kann; denn daß dieser Ausdruck seinen guten Sinn habe, wird weiter unten gezeigt werden. (Man vergl. Hptst. 2. §. 2.)

§. 3.

Subjecte des Rechts.

Diejenigen Wesen, welche eine Rechtsregel als Entscheidungsnorm ihrer Verhältnisse anerkannt haben, heißen die Subjecte des Rechts, und insoferne Personen. Nun können wir aber erstens (und dieses ist der einfachste Fall) die Personen, welche Rechtsverhältnisse unter sich gründen, als Individuen denken, d. h. als unverbunden durch das Band eines gemeinsamen Interesses. Unter dieser Voraussetzung erscheint das hervortretende Recht als individuelles Recht. Allein nicht lange wird es
an

an aller Verbindung gebrechen. Bald wird — und dieses ist der zweite Fall — wenigstens der Verkehr die getrennte Masse umschlingen, und indem er ein zufällig gemeinsames Interesse darbietet, wenigstens den Schein einer Einheit unter den Verkehrtreibenden darstellen. Das Recht wird bey dieser Lage der Dinge als Recht des Verkehrs erscheinen. Die Verbindung kann aber noch inniger werden — und dieses ist der dritte Fall — indem durch Verschmelzung der individuellen Willen und gemeinsame Richtung auf ein gemeinschaftliches Interesse eine wahre Einheit der Privatwillen (ein allgemeiner Wille) sich bildet und dadurch eine Gesellschaft (respublica) entsteht. Das Recht wird nun den Charakter eines gesellschaftlichen Rechts annehmen (jus reipublicae). Das individuelle Recht hat daher auch seiner Natur nach ein Rechtsverhältniß zwischen be-

stimmten Personen (ein relatives Rechtsverhältniß) zur Folge. Bei dem Rechte des Verkehrs aber und bei dem gesellschaftlichen Rechte wird es möglich, daß ein Einzelner mit allen andern, die zur Verbindung gehören, in ein Rechtsverhältniß gesetzt wird. (Es entstehen absolute Rechtsverhältnisse.)

Zur Verdeutlichung vergleiche man (§. 18.) die Nachweisung dieser drei verschiedenen Stufen des Rechts in dem Völkerrecht. — Auch hoffe ich, daß man nicht das individuelle Recht mit dem Privatrecht und das gesellschaftliche Recht mit dem öffentlichen Rechte verwechseln werde. (Vergl. §. 12.)

§. 4.

Objecte des Rechts.

So wie jedes Recht auf der einen Seite sich auf ein Subject bezieht, so bezieht es sich auf der andern Seite auf ein Object, d. h. auf ein äußeres Gut, welches als möglicher Collisionspunkt

punkt zwischen den Subjecten in der Mitte liegt. Die Objecte des Rechts sind nun natürlich so vielfach, als vielfach die äufsern Güter sind, — also theils Sachen, theils Kraftäufserungen, d. h. Handlungen und Unterlassungen. Auf diesen Unterschied bezieht sich die Eintheilung des Rechts in Sachenrecht und Recht der Forderungen.

1. Vgl. meine jurist. Abhandl. (München 1810.) Abh. III. pag. 132. u. fg., wo ich, wie ich noch immer glaube, die Meinung derjenigen augenscheinlich widerlegt habe, welche die eigenen Handlungen des Berechtigten zum alleinigen unmittelbaren Objecte des Rechts machen. — Ein merkwürdiges Beispiel von der Herzenshärte in der gelehrten Welt liefert der Rec. in den Heidelberger Jahrbüchern für Jurisprudenz. 1810. Heft 3. pag. 134, der noch immer jene Meinung verfißt. Er beweist dieses kurz so: „Recht ist ein Verhältniß, in welches Jemand durch das Gesetz zu gewissen Handlungen gestellt ist. Diese Handlungen sind nun . . . eben das, was durch das Recht erreichbar wird, und insoferne nach allem Sprachgebrauch Objecte des Rechts zu
nen-

nennen.“ Vortrefflich! Es bedarf nur eben des Beweises: 1) daß das Recht in dem Verhältniß einer Person zu seinen Handlungen (gewissermassen also in dem Verhältnisse einer Person zu sich selbst) bestehe; aber auch 2) (und das wäre die Hauptsache) daß der Sprachgebrauch wirklich so beschaffen sei, wie der Rec. vorgibt, denn das war in der Abhandlung aus Gründen geläugnet. — Leider ist dieses nicht der einzige Fall, wo der Wunsch nicht erhört worden ist, den ich am Schlusse meiner Dedication geäußert hatte.

2. Um sich nicht zu verwirren, muß man bemerken, daß auch da, wo unmittelbar eine Sache Object des Rechts ist, dennoch allemal auch eine Unterlassung als entfernteres Object des Rechts vorkommt. Umgekehrt: wo eine Handlung oder Unterlassung unmittelbares Rechtsobject ist, da kann doch eine Sache als entfernteres Object erscheinen, z. B. bei den Forderungen, die auf ein Geben gerichtet sind.

§. 5.

Inhalt des Rechts.

Jedes Recht bewirkt seiner Natur nach eine bestimmte Begrenzung in der
äus-

äufsern Wirkungssphäre der Subjecte desselben; und in soferne enthält es allemal 1. auf der einen Seite eine Einschränkung des Willens in die von dem Rechtssatze vorgezeichneten Grenzen, 2. auf der andern Seite einen Spielraum für die Aeufserungen des Willens innerhalb der durch die Rechtsnorm gezogenen Schranken — eine Möglichkeit des äufsern Wirkens. Jene in den Rechtsnormen begründete Einschränkung des Willens wird Rechtspflicht (juristische Verbindlichkeit) genannt. Um dagegen jene Möglichkeit eines auf äufsere Wirksamkeit gerichteten Wollens zu bezeichnen, hat man den Ausdruck Befugnifs. Gewöhnlich aber braucht man auch hier wieder das Wort Recht, welches dadurch ausser seiner ursprünglichen (sogenannten objectiven) Bedeutung auch noch eine abgeleitete (sogenannte subjective) erhält. — Allerdings sagt man daher
mit

mit Grund, daß jedem Recht eine Rechtspflicht, und umgekehrt, jeder Rechtspflicht ein Recht entspreche; oder; wie man es wohl auszudrücken pflegt, daß Recht und Rechtspflicht Wechselbegriffe (correlata) seien. Dagegen erhellt auch aus dem Gesagten, daß dem Wesen nach jeder Rechtsatz erlaubend (berechtigend) und gebietend (verpflichtend) zugleich sein müsse, obgleich er der Form nach vielleicht mehr erlaubend (*jus permissivum*) oder mehr gebietend (*jus cogens — praeceptivum vel prohibitivum*) sein kann. — Noch kann bemerkt werden, daß eine Rechtsnorm entweder nur auf der einen Seite ein Recht (sohin auch nur auf einer Seite eine Verbindlichkeit) begründen kann (einseitiges Recht) oder daß sie für beide Theile Rechte (sohin auch für beide Theile Verbindlichkeiten) ausspricht (doppelseitiges Recht). Eigentlich ist es in dem letzten Fall
nicht

nicht Ein Rechtssatz!, sondern es kommen zwei Rechtssätze vor, die sich auf einander beziehen.

Der Doppelsinn des teutschen Wortes Recht findet sich auch bei dem lateinischen Worte Jus, und dem französischen droit. Die englische Sprache unterscheidet law und right.

§. 6.

Extensive Wirksamkeit des Rechts.

Durch das Recht wird eine Grenze gezogen, wodurch Pflicht auf der einen und Befugniss auf der andern Seite hervorgeht. Es ist aber dieses entweder nur eine Grenze für einen ganz einzelnen Collisionsfall, oder es wird gleich zum Voraus für einen Inbegriff möglicher Collisionsfälle das Rechtsverhältniß im Allgemeinen bestimmt. In dem ersten Falle ist das Recht ein concretes, in dem andern ein abstractes. Dieses muß seiner Natur nach die Voraussetzungen in abstracto und hypothetisch bestimmen, unter
wel-

welchen das Recht in seine concrete Wirksamkeit treten soll. Es bedarf aber wohl keiner weitern Bemerkung, daß das concrete Recht mit dem individuellen Rechte nicht zu verwechseln ist. Zwar das individuelle Recht wird der abstracten Bestimmungen weniger enthalten als etwa das Recht des Verkehrs oder das gesellschaftliche Recht; dennoch aber ist das abstracte Recht seiner Natur keineswegs ganz fremd. Bei dem Rechte des Verkehrs und dem gesellschaftlichen Rechte ist das concrete Recht in den meisten Fällen ein Ausfluß des abstracten Rechts; — eine Folge von der Anwendung desselben auf einen besondern Fall.

§. 7.

Ideale Sanction des Rechts.

Das Recht hat allemal eine ideale Sanction, insoferne es abzielt auf Vermeidung des Streits, und deshalb der
ver-

verpflichtete Theil aufgefordert wird durch die Idee der Eintracht, den Vorschriften des Rechtes zu folgen, damit nicht das eigenthümliche Mißfallen sie treffe, dem der Verächter des Streites niemals entgeht. Mehr als eine ideale Sanction enthält aber der rechtliche Zustand an und für sich nicht, und würde sie auch dann nicht enthalten, wenn man die unerweisliche Behauptung aufstellen wollte, daß in jedem Rechte an sich schon die accessorische Befugniß eingeschlossen sei, es durch physischen Zwang geltend zu machen, weil die Geltendmachung nichtsdestoweniger von der zufälligen Uibermacht abhängen würde. Daß die physische Möglichkeit des Erzwingens, die selbst bey den künstlichsten Anstalten immer nur unvollkommen bewirkt werden kann, dem Wesen des Rechts keineswegs angehöre, erkennt auch der Sprachgebrauch an, denn von demjenigen, welcher das Recht für sich hat,

sagt

sagt man nicht, daß er könne, sondern nur, daß er dürfe, so wie man auf der andern Seite von dem Verpflichteten nicht sagt, daß er müsse, sondern nur, daß er solle.

Mit andern Worten: Es ist falsch, wenn man jeder Rechtspflicht den Character einer Zwangspflicht beilegen will. Die Rechtspflicht kann an sich allerdings auch eine bloße Gewissenspflicht sein, ohne daß sie darum den Namen einer unvollkommenen Rechtspflicht, oder das ihr entsprechende Recht den Character eines unvollkommenen Rechtes verdiente.

§. 8.

Reale Sanction des Rechts.

Obwohl eine reale Sanction, wodurch eine physische Unbeweglichkeit der Rechtsgränze bewirkt würde, nicht im Wesen des Rechts liegt, so kann doch eine solche zufällig mit dem Rechte verknüpft sein. Eine solche Sanction kann zunächst liegen in der innern Beschaffenheit des Rechtes selbst,

selbst, wenn diese nämlich von der Art ist, daß der eigene Vortheil den Verpflichteten zur Achtung auffodert. Sie kann aber auch liegen ausser dem Rechte, etwa in einer zufälligen Uibermacht des Berechtigten oder in einer organisirten Zwangsanstalt. So liegt es in der Natur der Gesellschaften, daß eine Macht sich bilde, welche im Stande sei, den Einzelnen zu beugen, wenn sein Wille sich ungetreu wird und dem gemeinsamen Willen entgegen arbeitet. Eine solche mit Macht versehene Gesellschaft mag Staat genannt werden, insoferne ihre Macht unabhängig wirkt, und nicht als Ausfluß einer höhern Macht zu betrachten ist. Im Staate insbesondere wird daher die reale Sanction des Rechts weniger zufällig, obgleich auch hier noch immer so vieles von der zufälligen Möglichkeit des Beweises abhängt, und die Gewährung des Rechts gegen die Machthaber selbst durch

durch die Staatsorganisation in der Regel keineswegs erreicht wird. Man hat in dieser Beziehung gesagt: Das Recht sei provisorisch außer dem Staate, und werde erst durch das Hinzukommen des Staates peremptorisch. Besser hätte man vielleicht noch gesagt: Das Recht sei precär außer dem Staate; im Staate dagegen sei es um sehr viel weniger precär.

1. Den Character des Staats setze ich in die souveraine Macht. Eben darum aber kann ich mir nicht denken, wie Ein Staat aus mehrern untergeordneten Staaten bestehen könne; denn wenn die Machthaber in den untergeordneten Staaten eine von unmittelbaren höheren Befehlen unabhängig wirkende Macht haben, so kann die Gesammtheit dieser untergeordneten Staaten nur einen Staatenbund, und nicht einen höheren Staat bilden, da dieser höhere Verein keine Einheit der Macht hat, sondern seine Macht nur dadurch gebildet wird, daß die vereinigten Staaten ihre Macht zusammenstoßen lassen; Dagegen wenn in dem höheren Verein wirklich eine Einheit der Macht vorhanden ist, so daß die Macht in den vereinigten Provinzen unmittelbar den
Be-

Befehlen der höheren Gewalt unterworfen ist, kann man die untergeordneten Machthaber unmöglich als etwas mehr als Provinzial-Statthalter betrachten. — Nach dieser Ansicht wäre wohl der ehemalige teutsche Staat eher als ein Staatenbund anzusehen.

2. Diejenigen, welche behaupten, es gebe kein Recht auſſer dem Staate, d. h. ohne die Voraussetzung einer Zwangsanstalt, um es zu realisiren, scheinen anzunehmen, daß die physische Nothwendigkeit wesentlich zum Character der Rechtspflicht gehöre. Es rührt dieses daher, weil sie die eigenthümliche ideale Sanction mißkennen, welche dem Positiven als solchem zukömmt. Da ihnen auf diese Weise der wahre Character des Rechts entgangen war, so sehen sie sich verleitet, ihn anderswo aufzusuchen, wo er nicht liegt.

II. Individuelles Recht und Recht des Verkehrs.

§. 9.

Das individuelle Recht, so wie das Recht des Verkehrs, hat seinen Platz vorzüglich auſſer dem gesellschaftlichen

B

Ver-

Verbande; denn wenn einmal die Gesellschaft sich als Rechtsgesellschaft constituirt hat, so tritt alles Recht der Gesellschaftsglieder ein in die Garantie der Gesellschaft, und wird dadurch ein Bestandtheil des gesellschaftlichen Rechts. In wie weit aber dieses nicht der Fall ist, müssen das individuelle Recht und das Recht des Verkehrs den Character eines ungeschützten Rechts annehmen (*jus naturale*, in dem Sinne, in welchem etwa die Römer von *obligatio naturalis* sprechen), oder sie werden wohl gar als gemißbilligtes Recht (*jus reprobatum*) erscheinen. Uibrigens wird das individuelle Recht durch eigentliche Verträge begründet (denen aber gar wohl auch eine bloß stillschweigende Willenserklärung zum Grunde liegen kann); das Recht des Verkehrs dagegen tritt seiner Natur nach meistentheils als Gewohnheitsrecht auf.

III. Gesellschaftliches Recht.

A. Gesellschaftliches Recht überhaupt.

§. 10.

Begründung des gesellschaftlichen Rechts.

Das gesellschaftliche Recht (§. 3.) ist so vielfach als die Gesellschaft. Diese aber ist mannigfaltig genug, da der gesellschaftliche Wille nicht nur alle Zweige der möglichen Interessen einzeln ergreifen, sondern auch mehrere dieser Zweige in den verschiedenartigsten Combinationen zugleich umfassen kann. Die Gesellschaft wird des Rechtes niemals entbehren können, und daher entweder ausdrücklich Rechte festsetzen oder durch stillschweigende Anerkennung rechtliche Bestimmungen einführen. In dem ersten Falle entsteht ein Gesetz oder Statut; in dem zweiten Falle eine Observanz.

Gewohnheitsrecht und Observanz kommen darin miteinander überein, daß beide auf einer stillschweigenden (in Handlungen ausgesprochenen) Anerkennung beruhen; sie unterscheiden sich aber, weil das Gewohnheitsrecht in einem Kreise von Menschen und für ihn sich bildet, welche bloß durch den Verkehr verknüpft [sind, die Observanz dagegen unter Voraussetzung eines gesellschaftlichen Verbandes und für denselben. Uibrigens wird nicht geleugnet, daß der Ausdruck Observanz auch in einer allgemeineren, das Gewohnheitsrecht in sich schließenden Bedeutung gebraucht wird.

§. 11.

Umfang des gesellschaftlichen Rechts.

Subject des gesellschaftlichen Rechts ist eigentlich die ganze Gesellschaft, insoferne dessen Bestimmungen von der ganzen Gesellschaft anerkannt sind. Dennoch aber kann es der Fall sein, daß das gesellschaftliche Recht nicht allemal alle Glieder der Gesellschaft unmittelbar angeht, sondern es kann auch auf gewisse besondere subjective
Vor-

Voraussetzungen eingeschränkt sein, oder wohl gar nur bestimmte einzelne Glieder der Gesellschaft betreffen. Daher unterscheidet man gemeines Recht (*jus commune*), *particulare* Recht, und *singulares* Recht. Uibrigens liegt es keineswegs in dem Begriff eines gemeinen Rechts, daß es alle Ausnahmen schlechterdings ausschliesse; es liegt in dem Character des gemeinen Rechts nichts weiter, als daß es als Regel gelte, insoferne es an einer Ausnahme fehlt. Das *particulare* Recht kann wieder von einem verschiedenem Umfange, und insoferne mehr oder weniger *particular* sein. In dieser Hinsicht und in Beziehung auf das *singuläre* Recht kann selbst das *particulare* Recht relativ ein gemeines Recht sein; z. B. gemeines Recht der Weiber.

Der Ausdruck *Privilegium* begreift nicht bloß das *singuläre* Recht, sondern auch das *particulare* Recht, insoferne es auf besondern

subjectiven Eigenschaften beruht, z. B. Privilegien des Adels, der Weiber, u. s. w. Nur möchte es dem jetzigen Sprachgebrauche dieses Wortes und selbst dem römischen Sprachgebrauche (wenn man von dem der früheren Zeit absieht) angemessen sein, nur solche rechtliche Bestimmungen darunter zu verstehen, die der Person, welche sie betreffen, vortheilhaft sind, so daß also bloß die günstigen Privilegien (*privilegia favorabilia*) als eigentliche Privilegien anzusehen wären, nicht aber die ungünstigen (*privilegia odiosa*). Eine Art Privilegien sind übrigens die Exemtionen (Immunitäten), die eine Ausnahme von einer aus dem gemeinen Rechte begründeten Verbindlichkeit enthalten, und von welchen wieder die Dispensationen eine Unterart ausmachen. — Beschränkter als der Ausdruck *Privilegium* ist der einer *Rechtswohlthat* (*beneficii juris*), weil dadurch niemals ein singuläres, sondern allemal ein particulares Recht bezeichnet wird.

§. 12.

Oeffentliches und Privatrecht.

Das gesellschaftliche Recht, spricht
allemal, so wie jedes Recht, Befugniss
auf

auf der einen und Verpflichtung auf der andern Seite aus. Nun aber sind zwei Fälle möglich. Entweder es ist die Befugniß ausgesprochen zum Besten der Gesellschaft, als Ganzes betrachtet, oder vielmehr zum Besten der einzelnen Glieder der Gesellschaft, welche, insoferne sie der Gesellschaft nicht angehören, Privatpersonen heißen. Und hierauf bezieht sich der Unterschied des öffentlichen und des Privatrechts. Da es aber auch ein doppelseitiges Recht gibt (§. 5.), so ist es gar wohl möglich, daß manchmal ein Rechtssatz zugleich ein Recht für die Gesellschaft, und dennoch auch, wenn man ihn aus einem andern Gesichtspunkte betrachtet, ein Recht für eine Privatperson ausspricht. Außerdem aber gibt es manche Rechtslehren, welche dem Privatrechte und dem öffentlichen Rechte zugleich angehören, weil sie nähere Bestimmungen über rechtliche Voraussetzungen enthalten, wel-

welche eben sowohl im Privatrechte als im öffentlichen Rechte von Einfluss sind. (Allgemeine Lehren des öffentlichen und des Privatrechts). Die Verhältnisse des Privatrechts sind nun ferner theils absolut, theils relativ, nämlich insoferne man die Richtung des Privatrechts gegen die übrigen Privatpersonen in's Auge fasst; denn was die Richtung betrifft, die das Privatrecht gegen die Gesellschaft hat, in wie weit nämlich der Berechtigte die Garantie der Gesellschaft in Anspruch zu nehmen befugt ist, so könnte man alles Privatrecht als absolutes Recht ansehen. Eben so lassen sich aber auch als begründet durch das öffentliche Recht absolute und relative Rechtsverhältnisse unterscheiden.

1. Von einem Privatrechte kann nur die Rede sein im Gegensatz mit einem öffentlichen Rechte, also nur unter Voraussetzung eines gesellschaftlichen Verbandes. Es ist daher uneigentlich, wenn man die Rechte der Einzelnen insoferne sie außer dem Staate sind, mit dem Namen Privatrecht bezeichnet.
- 2.

2. Der Unterschied des öffentlichen und des Privatrechts kann nur gesucht werden in der subjectiven Beschaffenheit der Rechtsverhältnisse und nicht in der Verschiedenheit des Interesses. Denn das gesellschaftliche Recht ist ganz auf das Interesse der Gesellschaft bezogen, und characterisirt sich eben dadurch als gesellschaftliches Recht. Selbst das Privatrecht ist also anerkannt als entsprechend dem Zwecke der Gesellschaft, und insoferne nicht entgegengesetzt dem öffentlichen Rechte. — Einige Verwirrungen sind über diesen Punkt ohne Zweifel darum entstanden, weil man die Rechte des Fiskus, die doch auch Rechte der (Staats-) Gesellschaft sind, unter den Begriff der Privatrechte bringen wollte. Allein das Recht des Fiskus ist an sich öffentliches Recht; und nur deshalb, weil in mancher Beziehung das Recht des Fiskus nach den Grundsätzen des Privatrechts beurtheilt zu werden pflegt, wird der Fiskus als Privatperson fingirt, und darum das Recht des Fiskus als Privatrecht behandelt. Allein selbst diese Fiction findet nur in gewisser Rücksicht statt.

B. Bürgerliches Recht überhaupt.

§. 13.

Erläuterung des Ausdrucks.

Unter allen Gesellschaften behauptet der Staat die größte Wichtigkeit durch den Einfluss seiner Macht. Das für den Staat geltende gesellschaftliche Recht muß daher auch besonders berücksichtigt werden. Da die Mitglieder des Staats vorzugsweise Bürger (Staatsbürger) genannt zu werden pflegen, so ist es natürlich, das für den Staat geltende Recht das bürgerliche Recht (*jus civile*) zu nennen.

Für diese Festsetzung des schwankenden Sprachgebrauchs ist gewiß die Natur der Sache, und der römische Sprachgebrauch, der unter dem *jure civili* niemals das bürgerliche Privatrecht ausschließend versteht, sondern auch das öffentliche Recht im Staate. — Sehr häufig ist es freilich, daß das Civilrecht als gleichbedeutend mit Privatrecht gebraucht wird. Allein das Civile hat so viele uneigentliche Bedeutun-

tungen erhalten, daß man diesen nur immerhin auch noch die letztere beifügen kann. So z. B. wird das Civile entgegengesetzt dem Criminellen, (wie in dem Ausdrucke Civilproceß im Gegensatz mit Criminalproceß) dem Geistlichen, dem Militärischen. Insbesondere bildet das teutsche bürgerlich noch einen bekannten Gegensatz mit dem Adelligen.

§. 14.

Umfang des bürgerliche. Rechts.

Es gibt so vielerlei bürgerliche Rechte, als es Staaten gibt. Wenn man alle diese bürgerlichen Rechte in Einen Inbegriff verbunden denkt, so erhält man dadurch den Begriff eines universellen bürgerlichen Rechts. Man kann aber diesen Begriff beschränken, indem man nur einige besonders nahe verwandte bürgerliche Rechte zusammenfasst, und in diesem Sinne kann man von einem germanischen, griechischen Rechte u. s. w. sprechen. Da übrigens es sich schon nach der

Na-

Natur der Sache erwarten lässt, daß ein vielfaches Zusammentreffen der rechtlichen Bestimmungen in den verschiedenen bürgerlichen Rechten sich finde, so werden die Rechte als mehr oder weniger generell oder speciell sich darstellen. Aber auch da wo eine vollkommene Harmonie in den Bestimmungen der einzelnen Rechte sich zeigt, kann nicht von einem gemeinen Rechte in dem oben (§. 11.) angegebenen Sinne die Rede sein. Dieser Begriff passt nur auf die Bestimmungen eines einzelnen bürgerlichen Rechts, insoferne sie dem particularen und singularen Rechte entgegenstehen. Insbesondere steht dem gemeinen bürgerlichen Rechte das provincielle Recht (eine Art des particularen Rechts) entgegen, wobei vorausgesetzt wird, daß ein Staat mehrere Bestandtheile enthalte, welche durch besondere Rechtsverfassungen unterschieden sind.

§. 15.

Theile des bürgerlichen Rechts.

Das bürgerliche Recht zerfällt in öffentliches Recht und Privatrecht. Bei dem Privatrechte nun ist eine weitere Abtheilung nicht zu bemerken, außer derjenigen, welche durch die Rücksicht auf den Unterschied zwischen Sachenrecht und Recht der Forderungen, und auf den Unterschied zwischen absoluten und relativen Rechtsverhältnissen sich ergibt. Das öffentliche Recht aber wird zunächst am bequemsten abgetheilt nach den Zwecken, auf welche es sich bezieht. Auf alle Zwecke gleichmäfsig beziehen sich das Finanzrecht, das Militärrecht und das Criminalrecht. Insbesondere bezieht sich auf den Schutz des Privatrechts das Recht der Civil-Justizanstalten, und auf andere Zwecke das Recht der Unterrichts- und gelehrten Anstalten, das Recht der

der Kirchenanstalten, das Recht der Wohlthätigkeitsanstalten, das Recht der Posten, das Münzrecht, das Recht des Wasser-Straßen- und Brückenbaus u. s. w. Insoweit aber das öffentliche Recht nicht einen besonderen Zweig ausmacht, wird es bei uns unter dem Polizeirechte begriffen. Der Innbegriff derjenigen Rechtssätze, welche keinem dieser Zweige des öffentlichen Rechts besonders angehören, sondern als gemeinschaftliche Rechtsgrundsätze angesehen werden müssen, macht das eigentlich sogenannte Staatsrecht aus.

1. Die einem jeden von diesen Zweigen des öffentlichen Rechts angehörigen Rechtssätze betreffen theils die Gesetzgebung, theils die Subsumtion, theils die Execution. In jeder dieser Beziehungen haben sie ferner a. die Subjecte zu bestimmen, welche die Pflicht haben für die Zwecke des Staates thätig zu sein, b. ihren Wirkungskreis zu bezeichnen, und c. das zu jenem Behuf zu befolgende Verfahren (den Geschäftsgang) vorzuschreiben. So umfasst z. B. das Criminalrecht das Recht der Criminal-

nalgesetzgebung, das Recht der Criminaljurisdiction und das Recht der Criminal-Execution. Das Recht der Criminal-Jurisdiction begreift insbesondere das Recht der Criminalgerichtsverfassung, das eigentlich sogenannte Criminalrecht und das Criminal-Processrecht (was jedoch im weitern Sinne auch das Recht der Criminalgerichts-Verfassung und das Recht der Criminal-Execution in sich schließt.) Das Civil-Justiz-Recht enthält auf dieselbe Weise das Recht der Civilgesetzgebung, das Recht der Civil-Jurisdiction und das Recht der Civil-Execution. Die beiden letzten Theile sind unter dem Civilprocessrecht im weitern Sinne begriffen.

2. Das Criminalrecht und das Recht der Civiljustiz werden zusammen begriffen unter dem Namen des Justizrechts, weil in diesen Theilen des öffentlichen Rechts am allermeisten nach festbestimmten Normen verfahren wird.
3. Es scheint nicht ganz wissenschaftlich, wenn man den Begriff des Polizeirechts negativ bestimmt. Man bedenke aber auch, daß der Begriff sich nicht aus der Schulwissenschaft, sondern aus der practischen Politik herausgebildet hat; und da ist es doch wohl sehr natürlich, daß man bei der Erweiterung des Staatszwecks alle diejenigen Anstalten, wofür eine besondere Behörde noch nicht existirte, und welche auch die Errichtung einer eigenen
Be-

Behörde nicht zu erfodern schienen, in Eine Klasse brachte, und sie unter dem allgemeinen Begriff von Polizeianstalten zusammenfasste. So werden namentlich die Sicherheitsanstalten, die Anstalten zur Beförderung der Bevölkerung, der Bequemlichkeit und äußern Schönheit unter dem Namen von Polizeianstalten begriffen. Welche Heterogeneität! Wer möchte es hier versuchen wollen, ein gemeinschaftliches charakteristisches Merkmal aufzufinden? Man hat geglaubt, die Rücksicht auf das bloß einwohnerliche Verhältniß hervorheben zu müssen, welches von der Polizeigewalt in's Auge gefasst werde. Schwerlich aber dürfte dieses ein durchgreifendes und unterscheidendes Merkmal sein, weil insbesondere beim Criminalrecht und oft genug auch beim Finanzrecht u. s. w. mehr das einwohnerliche als das streng bürgerliche Verhältniß berücksichtigt wird.

§. 16.

Abgerissene Rechtstheile.

Man kann aus den verschiedenen Theilen des bürgerlichen Rechts einzelne Rechtssätze herausheben, und insoferne sie in irgend einer Rücksicht
ein

gemeinschaftliches Merkmal offenbaren, in einen Begriff zusammenfassen. Dadurch können Theile des Rechts in unendlicher Menge entstehen. Die Zusammenstellung kann namentlich geschehen 1) in Rücksicht der Personen. In dieser Beziehung gibt es ein Fürstenrecht, ein Adelsrecht, ein Stadtbürgerrecht, ein Bauernrecht, ein Beamtenrecht (Aemterrecht), ein Militärrecht, ein Bierbrauerrecht, ein Dienstbotenrecht, ein Judenrecht, ein Weiberrecht u. s. w. 2. In Rücksicht der Sachen, ein Flussrecht, ein Forstrecht, ein Strassenrecht, ein Brückenrecht, ein Mühlenrecht, ein Tabaksrecht, und warum nicht auch ein Flohrecht (Vgl. Opitii Jacoserii diss. de eo, quod justum est circa spiritus familiares foeminarum, h. e. pulices)? u. s. w. 3) In Rücksicht der Handlungen und Rechtsgeschäfte ein Jagdrecht, ein Fischereirecht, ein Recht unerlaubter Handlungen (z. B. Ehebruchsrecht, Diebstahlsrecht), ein

Wechselrecht, ein Handelsrecht, ein Lehenrecht, u. s. w. Noch gemischter ist z. B. das Seerecht, wohin nicht nur die Rechtsgrundsätze gerechnet werden, welche sich auf das Meer beziehen; sondern auch diejenigen, welche von den Rechtsgeschäften gelten, die gewöhnlich eine Beziehung auf das Meer haben. — Alle diese Rechtstheile nun mögen in der Regel weder dem öffentlichen, noch dem Privatrechte ausschließlich beigezählt werden. Ihre Bestandtheile sind oft aus allen Zweigen des öffentlichen und des Privatrechts in ein buntes Ganzes zusammengewebt.

*C. Recht der untergeordneten Gesellschaften
im Staate.*

§. 17.

Die Gesellschaften, welche im Staate existiren, haben ihr eigenthümli-

liches gesellschaftliches Recht. Dieses nimmt, insoferne es vom Staate anerkannt ist, den Character eines bürgerlichen Rechts an; ausserdem ist es ungeschütztes oder gemisbilligtes Recht. Als bürgerliches Recht gehört es eigentlich ganz dem Privatrechte an. Aber als gesellschaftliches Recht zerfällt es seiner Natur nach in Privatrecht und öffentliches Recht. So lange der Staat noch in der Kindheit sich befindet, wird es der neben ihm bestehenden Gesellschaften viele geben, und das gesellschaftliche Recht derselben wird einen weiten Spielraum haben. Namentlich wird es in dieser Periode den kleinern gesellschaftlichen Kreisen überlassen bleiben, Bestimmungen über das Privatrecht zu machen, weil es dem Staate an einem ausgebildeten bürgerlichen Privatrechte zur Zeit noch gebricht. So wie aber das bürgerliche Privatrecht sich mehr vollendet, wird in dem gesellschaft-

C 2

schaft-

schaftlichen Rechte des Privatrechts immer weniger. Allmählig wird auch das öffentliche Recht der Gesellschaften beschränkt durch das Recht der Staatsgewalt, indem diese besonders bei den wichtigern Gesellschaften sich Einfluß auf die Verwaltung zu verschaffen strebt. Endlich, so wie der Staatszweck sich erweitert über seine bisherigen Grenzen, geschieht es wohl auch, daß die wichtigsten der im Staate bestehenden Verbindungen vom Staate verschlungen werden, so daß jetzt das gesellschaftliche Recht sich mit dem öffentlichen Rechte des Staates gänzlich verschmilzt.

Bei uns sind die wichtigsten Arten des gesellschaftlichen Rechts das Kirchenrecht, das Recht der (Stadt- Markt- und Dorf-) Gemeinden, der Universitäten u. s. w. — Inzwischen ist das Universitätsrecht bereits häufig in das öffentliche bürgerliche Recht übergegangen, und das Kirchenrecht ist in vielen Staaten auf dem Punkte, nur noch als Recht des kirchlichen Rituals eine besondere Existenz zu behaupten. Ein anderes Beispiel der
Ver-

Verschmelzung bieten in Baiern die Brand-Assecuranz-Gesellschaften dar.

IV. Recht unter Völkern.

§. 18.

So wie die Einzelnen zuerst als Individuen erscheinen, bis sie umschlungen werden durch das Band des Verkehrs und endlich zu Gesellschaften sich vereinen; so finden wir auch diese verschiedenen Stufen in den Verhältnissen der nebeneinander bestehenden Staaten (Völker). Auch das Recht dieser Staaten in ihrem äufsern Verhältnisse unter sich wird daher bald den Character eines individuellen Rechts annehmen, bald sich darstellen als Recht des Verkehrs, bald sich erheben zum gesellschaftlichen Rechte. Aber selbst zu einer und derselben Zeit kann das Recht unter Völkern in der einen Rücksicht auf der ersten, in einer an-

dern Rücksicht auf der zweiten, und
 wieder in einer andern auf der dritten
 Stufe sich befinden. Ein Recht, was
 auf die individuellen Bedürfnisse be-
 rechnet, durch ausdrückliche oder still-
 schweigende Verträge unter den ein-
 zeln Völkern begründet wird, findet
 sich auch schon bei den rohe-
 sten Völkern. So wie aber der Ver-
 kehr entsteht, und mehrere Völker in
 Berührung bringt, so wird durch
 Gewohnheit ein Recht des Völker-
 verkehrs sich bilden, was dazu die-
 nen möge, um die aus dem Verkehr
 sich ergebenden Verhältnisse zu ord-
 nen. Endlich mag irgend ein bedeu-
 tendes gemeinschaftliches Interesse den
 Völkern sich darbieten und (je nach-
 dem die Natur jenes Interesses beschaf-
 fen ist) eine mehr oder weniger um-
 fassende Gesellung bewirken. Da-
 durch entstehen Anfänge eines gesell-
 schaftlichen Rechts unter Völ-
 kern, welches aber wohl niemals zu
 dem

dem Grade von Ausbildung kommen dürfte, daß es auf der einen Seite sich erhöbe über das Schwankende der Observanz und die zuverlässigere Basis ausdrücklicher Gesetze sich erwürbe, und auf der andern Seite alle Interessen der Völker umfasste, wie etwa das bürgerliche Recht alle Interessen der Staatsbürger umschlingt, so daß alles individuelle Recht und alles Recht des Verkehrs, indem es im vollen Umfange die Sanction des gesellschaftlichen Völkerrechts erhielte, sich auflöste in dieses, wie es im Staate der Fall ist. Eher geschieht dieses noch, wenn nur einige Staaten, die etwa durch Nationalität oder sonst durch gemeinschaftliches Interesse verbunden sind, in einen Bund treten, wie es in der alten Welt bei den Griechen u. a., und in der neuern in der Schweiz, in den vereinigten Niederlanden, dem spätern Teutschland und in Nordamerika der Fall war.

Wenn

Wenn das Recht unter Völkern nur unter zwei bestimmten Staaten begründet ist, so heisst es auswärtiges Staatsrecht. Wenn es eine grössere, jedoch bestimmte Menge von Staaten umfasst, so heisst es ein Bundesrecht. Wenn es endlich von dem Umfange ist, dass es alle Staaten umschliesst, die durch die Aehnlichkeit der Cultur und das Bedürfniss des Verkehrs in eine nähere Berührung gebracht werden, so bekommt es den Namen des Völkerrechts; gleichviel ob dieses noch blosses Recht des Verkehrs ist oder bereits auf der Stufe des gesellschaftlichen Rechts sich befindet.

Zwei-

Zweites Hauptstück.

Von dem Rechte als Gegenstand der Wissenschaft.

I. Von der Rechtswissenschaft an sich.

§. 1.

Rechtswissenschaft.

Das Recht, insoferne es mittels der Vorstellung bezogen wird auf ein vorstellendes Wesen als Subjekt, wird dadurch Object des Wissens; und somit erhalten wir den Begriff einer Wissenschaft, deren Object das Recht ist, d. h. einer Rechtswissenschaft.

1. Die Wissenschaft ist ihrem Begriffe nach nichts weiter als eine Mannigfaltigkeit des
Wis-

Wissens. Freilich aber 1) wenn das Wissen ein vollkommen deutliches Wissen seyn soll, so muß es die Einsicht in alle Verhältnisse und Beziehungen in sich schliessen, in welchen die einzelnen Sätze mit anderen Sätzen stehen. Insoferne gehören zur Wissenschaft die wesentlichsten Bedingungen einer systematischen Anordnung. Es kann aber diese fehlen, ohne daß darum weniger eine Wissenschaft vorhanden wäre, wie z. B. bei der Rechtswissenschaft der römischen Juristen. 2) Wenn die Beziehung des Objects auf das Subject keine unmittelbare, sondern eine mittelbare ist, so versteht sich's von selbst, daß das Wissen die ganze Reihe der vermittelnden Vorstellungen in sich schliessen muß; denn sonst wäre kein gründliches Wissen, oder vielmehr gar kein Wissen vorhanden. Daraus erhellt also, daß der Begriff der Wissenschaft erschöpft ist, wenn man sie als eine Mannigfaltigkeit des Wissens beschreibt, ohne daß man irgend ein anderes Merkmal aufzunehmen braucht. Insbesondere wäre es unrichtig, wenn man das Merkmal eines systematischen Wissens hineinlegen wollte.

2. Da alle Zweige des Rechts eine Beziehung auf die Wissenschaft zulassen, so enthält die Rechtswissenschaft genau die nämlichen Theile, wie das Recht (Vergl. das ganze erste Hauptstück.)

§. 2.

Verschiedene Art der Beziehung des
Rechts auf die Wissenschaft.

Das Recht kann auf eine zweifache Weise Gegenstand der Wissenschaft werden. Einmal als ein historisches Factum, so wie es durch die Willkühr der Constituenten festgesetzt ist; und wenn dieses der Fall ist, so geht die positive Rechtswissenschaft hervor. Das Recht kann aber auch noch rationell ergriffen werden als etwas, was sein sollte, wenn die Rechtsverfassung in einer zweckmäßigen Gestalt erscheinen will. Entweder wird nun hier der Zweck, auf welchen die Rechtsverfassung berechnet sein soll, als ein von der Vernunft gegebener vorausgesetzt, oder er wird aufgegriffen als ein von der Willkühr gesetzter. In der ersten Rücksicht gehören die Untersuchungen über die zweckmäßige Anordnung der Rechte der Rechtsphilosophie (etwas einseitig Naturrechtswis-

wissenschaft genannt) in der zweiten der Rechtsklugheitslehre an, von welcher letztern die Politik der wichtigste Theil ist, aber nicht der einzige, denn auch die sogenannte Cautelarjurisprudenz (als die Lehre von der zweckmäßigsten Anordnung der Rechtsverhältnisse, insoferne diese von der Privatwillkühr abhängt) muß hieher gerechnet werden.

1. Da man den Ausdruck Recht auch wohl als gleichbedeutend mit Rechtswissenschaft gebraucht, so spricht man auch ganz richtig von einem positiven Rechte als gleichbedeutend mit positiver Rechtswissenschaft. Eben so kann man füglich von einem Naturrechte als gleichbedeutend mit Naturrechtswissenschaft sprechen, obgleich sich nicht annehmen läßt, daß es, an sich betrachtet, ein anderes als ein positives Recht gebe. (Vgl. Hauptst. 1. §. 2.)
2. Die positive sowohl als die rationale Rechtswissenschaft verzweigen sich dann weiter nach den Arten des Rechts, welche das Object derselben ausmachen. (Vgl. §. 1. not. 2.)

§. 3.

Interesse des Rechts.

Die Rechtswissenschaft vermag uns auf mannigfaltige Weise zu interessiren. Vorzüglich freilich, und mit Recht von der practischen Seite, insofern sie der Handhabung der Gerechtigkeit dient, wo sie aber freilich wieder bei verschiedenen Subjecten aus verschiedenen Beweggründen sich zu empfehlen pflegt. Dem reinen Freunde und Beförderer der Gerechtigkeit ist sie ein edles Werkzeug seiner schönen Gesinnung. Dem gewöhnlichen Menschen, der nichts weiter als in Ruhe sein Brod zu essen begehrt, ist sie ein Erwerbmittel des Unterhalts. Auch der Habsüchtige findet bei ihr seine Rechnung. Ihm ist sie eine tüchtige Melkkuh, die ihn mit Butter versorgt.“ Aber auch, abgesehen von ihrer Anwendung, vermag die Rechtswissenschaft das speculative Interesse in Anspruch

spruch zu nehmen durch den Reichtum des Stoffs, und die Consequenz in der Ableitung der Rechtssätze auseinander.

Mit Unrecht tadelt man es, wenn man sich vorzüglich von der practischen Seite für die Jurisprudenz interessirt. Will man unpartheiisch sein, so muß man zugeben, daß die Rechtswissenschaft, rücksichtlich des theoretischen Interesses, einen sehr secundären Werth behauptet. Die historischen und die Naturwissenschaften empfehlen sich vor ihr durch die größere Mannigfaltigkeit des Stoffs; die Philosophie durch den Reiz der strengen Consequenz; die Mathematik durch beides. Etwa die Philologie möchte mit der Jurisprudenz im gleichen Range stehen. — Man kann aber alles dieses zugeben, und dennoch den theoretischen Werth der Rechtswissenschaft zu schätzen wissen. Es ist allerdings tröstlich für denjenigen, der sich aus Liebe für die Gerechtigkeit der Rechtswissenschaft widmet, wenn er hört, daß seine Bemühung sich auch noch auf eine andere Weise als durch die Praxis belohne.

Subjecte der Rechtswissenschaft.

Wer die Rechtswissenschaft in einem vorzüglichen Grade sich eigen gemacht hat, heisst ein Rechtsgelehrter oder Jurist (J. C t u s) und im Gegensatze mit demjenigen, welcher auch die Fertigkeit der Anwendung (die Rechtskunst) besitzt, ein theoretischer Jurist, obgleich er, auch als bloßer Theoretiker, immerhin ein praktisches Interesse bei seinem juristischen Studium haben kann. Da der Dilettanten im Fache der Rechtswissenschaft weniger sind, so gehören in diese Classe vorzüglich die Docenten als solche.

Als Ausartungen der Rechtsgelehrtheit in theoretischer Hinsicht wird gewöhnlich der legulejus (Gesetzkrämer) angeführt.

II. Vom juristischen Studium.

A. Quelle des juristischen Studiums.

§. 5.

Quellen des rationellen juristischen Studiums.

Die Quellen der rationellen Rechtswissenschaft sind theils die Philosophie, theils die eigentliche Erfahrung. Schon die Rechtsphilosophie muß Lehrsätze aus der Erfahrung entnehmen, um gewisse Rechtsformen entweder als förderlich den höhern Zwecken billigen, oder als ihnen entgegenwirkend verwerfen zu können; während sie auf der andern Seite aus der practischen Philosophie die allgemeinen Grundsätze über die Anordnung der Verhältnisse des Lebens zum Grunde legt. Insbesondere ist für die Rechtsklugheitslehre (Politik insbesondere), insoferne sie ganz rein betrachtet wird, die Erfahrung einzige Quelle;
ei-

eigene nicht bloss, sondern ganz vorzüglich auch fremde, da es nicht räthlich ist, allenthalben durch eigenen Schaden klug werden zu wollen. Daher gehören alle die Quellen, wodurch man zu fremder Erfahrung gelangt, auch hieher:

§. 6.

Quellen für das positive juristische Studium.

Quelle des positiven juristischen Studiums ist jedes Zeugniß, in welchem dasjenige sich beurkundet findet, was als giltiges Recht festgesetzt worden ist. Es kann aber die Beurkundung geschehen theils durch mündliches Zeugniß (was sich fortpflanzt auf dem Wege der Tradition), theils durch schriftliches. (Jus non scriptum; jus scriptum). In dem letztern Fall findet das Recht entweder in einzelnen Urkunden oder in ganzen Gesetzbüchern unmittelbar
D sich

sich niedergelegt; oder es ist in Sammlungen aufbewahrt, die theils als authentische, theils als Privatsammlungen angesehen werden müssen; oder endlich wir gelangen zur Kenntniß durch gelehrte (eigentlich juristische oder auch nicht juristische) Schriften.

Die Ausdrücke Jus scriptum und non scriptum (geschriebenes und ungeschriebenes Recht) braucht man in den neuern Zeiten auch in einem uneigentlichen Sinne (welcher aber der gewöhnlichere geworden ist), indem man es auf den Unterschied zwischen ausdrücklich und stillschweigend festgesetztem Rechte bezieht. Die Römer haben diese Bedeutung nicht gekannt (§. 10. Inst. de jure natur.)

B. Methode des juristischen Studiums.

1. Einleitung.

§. 7.

Von einer Methodologie darf man fordern, daß sie den Weg anzeige, auf
wel-

welchem man am schnellsten und leichtesten zu einer gründlichen, klaren und zweckmässig-vollständigen Rechtskenntniß gelangen kann. Darum wird sie folgende Abschnitte enthalten: 1. von dem Umfang, 2. von der Gründlichkeit, 3. von den Hülfsmitteln, und 4. von der Anordnung des juristischen Studiums. In der zweiten Hinsicht wird von dem Quellenstudium zu handeln sein, weil auf diesem die Gründlichkeit beruht.

2. Von dem Umfang des juristischen Studiums.

§. 8.

Umfang des positiv-juristischen Studiums.

Ein absolut vollständiges Studium der positiven Jurisprudenz lässt sich so wenig denken, als ein absolut vollständiges Studium der Geschichte. Nur insofern kann daher das positive Recht Ge-

genstand des Studiums sein, als es in speculativer oder practischer Hinsicht zu interessiren vermag. Das speculative Interesse wird ein Rechtssystem durch seine Reichhaltigkeit und innere Vortrefflichkeit zu reizen im Stande seyn. Wegen der Reichhaltigkeit des Stoffes muß insbesondere ein universelles Studium des bürgerlichen Rechts höchst interessant sein, wenn auch gleich ein solches Studium auf keinen Fall das Detail umfassen kann, sondern auf eine mehr oberflächliche Uibersicht der Hauptmomente sich beschränken muß, in welchen die verschiedenen Systeme des bürgerlichen Rechts sich begegnen oder von einander abweichen. (Encyclopädie des gesammten bürgerlichen Rechts). Es wird daher der Rechtsgelehrte eines solchen universellen Studiums nicht entbehren können, wenn er auf eine selbstständige juristische Bildung Anspruch machen will.

Aber

Aber auch, wenn etwa ein einzelnes System des bürgerlichen Rechts sich durch seine innere Vortrefflichkeit ganz besonders auszeichnen sollte, so würden bei jedem, der für ein höheres Interesse an dem Studium der Rechtswissenschaft Empfänglichkeit hat, das genauere Studium dieses Rechts einen wichtigen Bestandtheil seines juristischen Studienplanes ausmachen müssen. (Wie es z. B. beym römischen Rechte, wenigstens in Ansehung des Privatrechts, gewislich der Fall ist). Ist einmal der Rechtsgelehrte auf diese Weise selbstständig gebildet, so wird ihm dieses zugleich als die beste Grundlage für das Studium eines jeden Rechtssystems dienen können, das ihm zu seiner practischen Brauchbarkeit noch nothwendig werden möchte, und sein practischer Werth bleibt unerschüttert im Sturme der Umwälzungen, die auf dem Gebiete des positiven Rechts besonders in revolutionären Zeitaltern

sich ereignen, und aus welchen der bloß practisch gebildete Jurist häufig genug ganz nackt und aller Brauchbarkeit entblößt hervorgeht. Dazu kommt noch, daß durch diese Art des Studiums das speculative Interesse lebhaft aufgeregt wird, was denn auch für die practische Bildung mit Kraft fortwirkt, und dadurch der wissenschaftlichen Thätigkeit ein inneres reges Leben mittheilt, das sie nimmermehr gewinnt, wenn sie bloß von den Motiven kümmerlich genährt wird, welche die Aussicht auf einen entfernten Nutzen darzubieten vermag. — Was aber das juristische Studium in practischer Hinsicht betrifft, so wird dieses den besondern Bedürfnissen eines Jeden anzupassen sein. Dem Staatsdiener und dem Sachwalter insbesondere wird es vorzüglich obliegen, sich mit den in sein Geschäft einschlagenden Zweigen des bürgerlichen Rechts und allenfalls mit den äussern rechtlichen Verhältnissen-

nissen desjenigen Staats bekannt zu machen, in welchem sie sich befinden. Der Geistliche muß sein Kirchenrecht kennen; der Handwerker sein Zunftrecht.

So bedarf z. B. der Justizbeamte vorzüglich der Kenntniß des Privatrechts, des Civilprocesses und des Criminalrechts, der Polizeibeamte des Polizeirechts. Vom Finanzrath wird hauptsächlich Bekanntschaft mit dem Cameral- und Finanzrechte gefodert; endlich von jedem Beamten überhaupt die genaue Kenntniß seiner Amts-Instruction. Der Diplomatiker muß das auswärtige Staats- und Völkerrecht kennen, u. s. w. — Uibrigens wird dadurch keineswegs eine ganz einseitige Bildung vertheidigt; denn einerseits muß man mehreren Posten gerecht sein, andererseits ist bei einem innig zusammenhängenden Rechtssystem kein Zweig ohne eine wenigstens encyclopädische Kenntniß der andern verständlich. (Vgl. unten §. 11. n. 3.)

§. 9.

Umfang des rationellen juristischen Studiums.

Was das rationelle Studium der Rechtswissenschaft betrifft, so ist es an sich schon allgemein interessant; und, obgleich es vorzüglich für diejenigen praktische Wichtigkeit hat, welche auf einem Standpunkte stehen, von welchem aus sie auf die Festsetzung von Rechten thätig einwirken können, so ist es doch auch denjenigen von praktischem Interesse, welche bloß mit der Anwendung von Rechtsätzen beauftragt sind, insoferne dabei manches ihrem Ermessen überlassen bleiben muß. In praktischer Rücksicht wird dann wieder insbesondere derjenige Theil des rationell-juristischen Studiums wichtig, welcher den Geschäftskreis betrifft, dem Jemand sich widmen will.

So ist Rechtsphilosophie und allgemeine Politik (Staatslehre im Allgemeinen) für jeden Juristen wichtig; für die besondern Geschäftszweige sind es Criminalpolitik, Polizeiwissenschaft, Staatswirthschaftslehre u. s. w.

3. Vom juristischen Quellenstudium.

§. 10.

Vom juristischen Quellenstudium überhaupt.

Das Quellenstudium überhaupt fordert viel Fleiß und einen nach Gründlichkeit strebenden Geist. Der Fleiß wird insbesondere da in fortwährend frischer Regsamkeit wirken, wo Sinn ist für das speculative Interesse der Wissenschaft, und nicht bloß die Aussicht auf Brodverdienst zur Thätigkeit antreibt. Der gründliche Geist wird aber ganz vorzüglich durch das Studium einer (nicht phantasirenden) Philosophie und durch das Studium der Mathematik hervorgerufen.

§. 11.

§. 11.

Vom Quellenstudium bei der rationalen Rechtswissenschaft.

Uiber die Methode des rationellen juristischen Studiums ist rücksichtlich der Behandlung der Quellen nicht viel Besonderes zu sagen. Es wird vorzüglich darauf ankommen, die Erfahrungen genau zu sondern, damit man nicht Momente, die von wichtigem Einflusse sind, übersehe, und durch Vernachlässigung derselben auf zu allgemeine Resultate gelange, wodurch die Theorie Gefahr laufen würde, sich den Vorwurf zuzuziehen, daß sie mit der Praxis im Widerspruche stehe. Die Rechtsphilosophie insbesondere wird sich zu hüten haben, daß sie nicht die Foderungen einzelner Ideen vernachlässige, sondern alle gleichmäfsig berücksichtige und die Auswege zur Hebung der Collisionen nachweise.

§. 12.

§. 12.

Vom Quellenstudium bei der positiven
Rechtswissenschaft, d. h. von der
Interpretation.

Die positive Rechtswissenschaft wird dadurch gebildet, daß man den Sinn der Rechtsnormen (*mens legis* genannt), d. h. die Vorstellung, welche die Constituenten mit derselben verbanden, aus den Quellen zu entwickeln sucht. Dies Verfahren heisst **Auslegung oder Interpretation**. Der Sinn erhellt aber an sich keineswegs aus dem Buchstaben, in welchen die Rechtsnorm gehüllt ist, sondern geht nur mit Klarheit hervor aus der Einsicht in den die Rechtsnorm belebenden Geist (*ratio legis* genannt), d. h. aus dem Willen, der den Gesetzgeber bei der Bestimmung der Rechtsnorm leitete; denn nicht dem Buchstaben gebührt verbindende Kraft, sondern dem Willen des Gesetzgebers. Deshwegen muß die Interpretation kei-
ne

ne buchstäbliche Interpretation (Sylbenstecherei) sein, sondern eine rationelle (d. h. keine sogenannte grammatische, sondern eine sogenannte logische). Es wird aber der Geist einer Rechtsnorm theils 1) aus dem Buchstaben erkannt, und zwar um so mehr, je mehr man Richtigkeit des Ausdrucks und Unverdorbenheit des Textes vermuthen kann; theils 2) aus einer authentischen Erläuterung; theils 3) aus der Vergleichung mit verwandten Rechtsnormen, die aus derselben Quelle geflossen sind, und zwar um so mehr, je mehr man bei dem Urheber Consequenz voraussetzen berechtigt ist; theils 4) aus der Vergleichung mit fremden Rechten, welche als Quelle benützt worden sind, und zwar um so mehr, je slavischer die Anhänglichkeit an diese fremden Rechte war, und je mehr man erwarten kann, daß der Sinn derselben auch rich-

richtig aufgefaßt worden ist; endlich 5) aus der Vergleichung mit dem wahrscheinlichen Zwecke der Rechtsnorm, und zwar um so sicherer, je mehr eine genaue Einsicht in die Wirkungen eines Rechtssatzes anzunehmen ist. Um diesen Zweck zu erforschen, sind die äußern Veranlassungen eines Rechtssatzes, sowohl die allgemeinen, die aus der Natur des Rechtsverhältnisses und dem ganzen Zustande eines Volkes sich ergeben, als die besonderen, welche auf einzelnen Facten beruhen; sodann die individuellen Ansichten des Gesetzgebers über die Zweckmäßigkeit der Mittel für irgend einen Zweck in Betrachtung zu ziehen.

Die Lehre von der Interpretation gehört durchaus der Methodologie an, und darum müssen die allgemeinen Grundsätze hier vorgetragen werden. Besondre Grundsätze ergeben sich aus der besondern Beschaffenheit der Quellen für die einzelnen Rechte, z. B. für das römische Recht; und diese werden am zweckmäs-

sig-

sigsten in der Einleitung zu den einzelnen Rechten vorgetragen. Aber ganz unrichtig ist es, wenn man meint, daß die Interpretationslehre z. B. für das römische Recht aus dem Corpus juris entwickelt werden müsse. Gesetzt, daß die römischen Juristen Grundsätze, welche bisweilen allerdings richtig sind, allgemein ausgesprochen hätten, könnte uns dieses berechtigen, dergleichen Grundsätze als allgemein richtige Regeln aufzustellen? Läßt es sich behaupten, daß Justinian, als er solche halb wahre doctrinelle Sätze in seine Compilation aufnehmen liess, sie als allgemein gültige Grundsätze der Interpretation sanctionirt haben wollte, da doch die eigenthümliche Natur einer jeden Stelle im Corpus juris ihre eigene Berücksichtigung fodert? Uibrigens scheint es ohnehin, daß die Interpretationsregeln, welche in den Lehrbüchern vorausgeschickt zu werden pflegen, nur zum Prunke da stehen, weil glücklicherweise so gar selten eine Anwendung davon gemacht wird.

§. 13.

Juristische Hülfswissenschaften zum Behufe der Interpretation.

Aus den eben aufgestellten Grundsätzen der Interpretation erhellt, daß
dem

dem gründlichen Juristen mannigfaltige Hilfskenntnisse nicht fehlen dürfen. Es ergibt sich (aus Nro. 1.) daß der Rechtsgelehrte mancherlei philologische Kenntnisse und Geübtheit in der juristischen Kritik besitzen müsse. Es ergibt sich aber (aus Nro. 3.) als eine nicht minder richtige Folge, daß die einseitige Kenntniß eines einzelnen Zweiges von einem ganzen Rechtssystem dem gründlichen Juristen keineswegs genüge, daß er vielmehr selbst mit dem alten Rechte innigst vertraut sein müsse, um den ursprünglichen Zusammenhang eines Rechtssatzes mit dem übrigen Rechtssystem genau beurtheilen zu können. So wie auch (nach Nro. 4.) bei einer nicht durchaus originellen Rechtsverfassung eine gründliche Kenntniß der Mutterrechte unentbehrlich ist. Ferner (zufolge Nro. 5.) wird eben so wenig eine tiefe Bekanntschaft mit dem Leben und den Objecten
der

der Rechtsverhältnisse ihm fehlen dürfen, damit er die Natur der Rechtsverhältnisse zu erkennen vermöge, als er einer genauen Kenntniss derjenigen Verhältnisse entbehren kann, welche auf die Entstehung oder Modification eines Rechtssatzes eingewirkt haben. Naturwissenschaftliche, technische und historische Kenntnisse sind daher von dem juristischen Studium keineswegs trennbar. Besonders genau muls er die Geschichte in ihrem Einflusse auf das Recht, d. h. als Rechtsgeschichte inne haben, und zwar nicht bloss als Geschichte der Quellen (äussere Rechtsgeschichte), sondern auch als Geschichte der Entwicklung des Inhalts der Rechtssätze (innere Rechtsgeschichte). Was die naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse betrifft, so kann freilich bei dem grossen Umfange jener Wissenschaften kaum etwas mehr als sehr oberflächliches Wissen gefodert werden.

werden. Uibrigens ist darauf zu rechnen, daß in vorkommenden Fällen Männer vom Fache zu Rathe gezogen werden können.

Bisweilen kann bei technischen Kenntnissen ein oberflächliches Wissen wenig helfen; daher verlässt man sich lieber geradezu ganz auf die Männer vom Fache. So bringt z. B. die juristische Arzneikunde wenig Gewinn.

1. Juristische Schulen: 1. Schule der buchstäblichen Juristen. 2. Philologische (elegante) Schule. 3. Schule der sogenannten philosophischen Juristen. Diese glauben, daß die Bekanntschaft mit dem Leben zu einem gründlichen Verstehen der Rechte hinreiche, ohne daß man sich mit der Erwerbung von historischen Kenntnissen gar viel zu plagen brauche. 4. Historische Schule. Diese dringt auf historisches Wissen und Kenntniß des alten Rechts, ohne darum philologische Kenntnisse und Bekanntschaft mit dem Leben im mindern Grade vorauszusetzen. Ihr gehören aber diejenigen keineswegs an, die das alte Recht und die Geschichte nur kennen, um etwa auch ein Wort mitzusprechen, wenn

von

von solchen Dingen die Rede ist, ohne daß sie außerdem bei der Behandlung der positiven Rechtswissenschaft einen Gebrauch von dieser todten Masse des Wissens zu machen verstünden. Merkwürdig ist es, daß man diese historische Schule mit der Schule der buchstäblichen Juristen vielmal verwechselt hat. — Uebrigens ist es natürlich, daß bei dem größern Theile der Juristen die Interpretationsmethode schwankt, da gewiß nichts schwerer ist, als auf falschen Wegen die Consequenz zu behaupten.

2. Die heutige praktische Jurisprudenz ist in allen Staaten Europa's zusammengesetzt aus dem römischen, canonischen und germanischen Rechte, wird es im Allgemeinen noch lange bleiben, was auch für neue Gesetzgebungen hervorgehen mögen. Daher ist
 - a. an ein gründliches Studium der einzelnen Rechte nicht zu denken, wenn nicht das Studium dieser Mutterrechte gründlich betrieben wird.
 - b. Das Studium dieser Rechte wird als die beste Einleitung in das Studium der einzelnen Rechte und als der Weg zu einer allgemeineren praktischen Bildung anzusehen seyn, welche nicht an einen gewissen Boden gebunden ist, wie die Pflanze an die Erde, welche sie trägt. Darauf müssen denn auch die historischen und philologischen Hilfsstudien berechnet seyn,
- z. B.

Z. B. von den philologischen Studien ist vorzüglich Kenntniß der griechischen und lateinischen Sprache, dann Kenntniß der vorzüglichsten neuern Sprachen in ihrem jetzigen und in ihrem älteren Zustande nothwendig. In historischer Hinsicht ist dem Juristen insbesondere die Geschichte des römischen Reichs und die Geschichte der germanischen Staaten im neuern Europa merkwürdig.

§. 14.

Arten der Interpretation.

Der Zweck dieser auf Erforschung des Geistes gerichteten Interpretation kann nur ein dreifacher seyn: 1. Erforschung des ursprünglichen und unmittelbaren Umfangs der Rechtsnorm zum Behufe der stricten Interpretation, welche übrigens (wenn man das Resultat mit dem Buchstaben vergleicht) theils erläuternd (*interp. declarativa*), theils ausdehnend (*interp. extensiva*), theils einschränkend (*interp. restrictiva*) seyn kann. 2. Erforschung der allgemeineren Rechtsansichten,

ten, welche in einer Rechtsnorm zum Grunde liegen, ohne in dieser Allgemeinheit ausgesprochen zu seyn, zum Behufe der analogischen Anwendungen jener Rechtsnorm. 3. Erforschung der Bedingungen, von denen die gesetzliche Disposition ausdrücklich oder stillschweigend abhängig gemacht ist, zum Behufe der Begrenzung wegen veränderter Lage der Umstände.

Schon Hufeland hat es nothwendig gefunden, die ausdehnende Interpretation von der eigentlichen Ausdehnung, d. h., von der analogischen Anwendung eines Rechtsatzes zu unterscheiden; und eben so die einschränkende Interpretation von der eigentlichen Beschränkung, die sich erst aus der Rücksicht auf die veränderten Umstände ergibt. Vgl. Hufelands Lehrbuch des gemeinen Civilrechts. §. 25. §. 36. §. 37. 49. §. 51.

§. 15.

2. Stricte Interpretation.

Für die stricte Interpretation lassen sich keine allgemeinen Grundsätze weiter angeben; außer dem einzigen, daß der Geist des Gesetzes nicht dürfe aus den Augen gelassen werden. Diese Rücksicht wird alsdann uns sogar berechtigen, über den Wort-sinn des Gesetzes hinauszugehen, und entweder einen eingeschränkteren oder einen ausgedehnteren Sinn anzunehmen, je nachdem der Geist des Gesetzes es fodert. Unzulänglich sind dagegen alle bestimmteren Interpretationsregeln, welche sonst wohl angeführt werden. So z. B. ist es keineswegs wahr, daß die gewöhnliche Wortbedeutung den Vorzug verdiene, denn es kömmt auf die Beschaffenheit der Quellen an, ob die technische Bedeutung oder die Bedeutung des gemeinen Lebens vorzuziehen sey. Eben so ist es ganz un-

gegründet, wenn man bei Strafgesetzen und bei solchen, die eine Ausnahme von allgemeinen Rechtsgrundsätzen enthalten, keine ausdehnende Interpretation zulassen will. Ferner ist es nicht allgemein wahr, wenn man derjenigen Bedeutung den Vorzug geben will, wobei keine Rechte gekränkt werden; wenigstens hat diese Regel in einem revolutionären Zeitalter durchaus nichts für sich. Endlich ist es nicht wahr, daß allemal der mildeste und billigste Sinn vorgezogen werden müsse, da es auch hier wieder die Natur der Gesetzgebung mit sich bringen kann, vielmehr für die Consequenz, als für die Billigkeit zu vermuthen.

§. 16.

Insbesondere α) bei unrichtigem Texte.

Wenn der Text eines Satzes gleich von Anfang an unrichtig abgefaßt, oder im Laufe der Zeit corumpirt worden ist, so ist hier vor allem

iem eine Verbesserung (emendatio) nothwendig, damit ein dem Sinne des Gesetzes angemessener Text erhalten werde. Es ist dieses sowohl bei dem schriftlich, als bei dem mündlich abgefaßten Rechte denkbar. In dem letzten Falle kann theils der Verfasser einer Rechtsnorm sich versprochen haben, theils kann ein ungetreues Gedächtniß sie unrichtig bewahrt haben, theils endlich kann der ursprüngliche Text im Munde der Tradition eine Verbildung erduldet haben. Bei schriftlichen Rechtsnormen kann in der Abfassung des Originaltextes ein Schreibfehler eingeschlichen seyn, oder aber es sind die Abschriften oder Abdrücke mit oder ohne Absicht entstellt worden. In allen diesen Fällen hebt eine authentische Emendation allen Zweifel leicht. Fehlt es daran, so bedarf es eines doctrinellen Versuchs (juristische Critik). Hierbei kann bei mehreren Texten die Vergleichung

chung mit dem Originaltexte oder (insofern es an einem entschiedenen Originaltexte fehlt) mit einem Texte höherer oder wenigstens gleicher Auctorität als Hilfsmittel dienen (vergleichende Critik). Wäre aber der Urtext selbst oder wären die mehreren Texte, denen eine gleiche Auctorität zukömmt, miteinander verderbt, so würde die Emendation gegen die Auctorität der Texte eintreten müssen (conjectural-Critik). Eine besondere Art der Conjectural - Kritik ist diejenige zwar nicht, wo die Emendation auf die Auctorität der Grundtexte sich stützt, aber auch gegen deren Auctorität nicht anstößt. Es tritt dieses ein, wenn der Grundtext keine Interpunction hat, wohl aber die Copien. Uebrigens bleibt das erste und letzte Princip immer die Wahrscheinlichkeit. Diese steht aber im zusammengesetzten Verhältnisse der Unwahrscheinlichkeit des alten, und der Wahrscheinlichkeit des neuen Textes.

tes. Die Unwahrscheinlichkeit des alten Textes bestimmt das Bedürfnis einer Emendation, und dieses ist am größten, wenn der vorliegende Text überhaupt keinen vernünftigen Sinn giebt; es sinkt dagegen auf den Nullpunkt herab, wenn schon der jetzige Text einen mit dem Geiste der Rechtsnorm vollkommen übereinstimmenden Sinn enthält. Die Wahrscheinlichkeit des neuen Textes beruht bei der Conjectural - Critik auf der Uebereinstimmung mit dem Geiste der Rechtsnorm, und der Leichtigkeit, mit welcher die Corruption aus dem verbesserten Texte sich erklären läßt. Aus dem letztern Grunde ist insbesondere das Wegstreichen weniger leicht zu rechtfertigen, als das Hinzusetzen. Am allerleichtesten aber wird die Verbesserung sich annehmen lassen, wenn sie bloß Buchstaben ändert, vorzüglich solche, welche leicht verwechselt zu werden pflegen, oder Versetzungen von Buch-

sta-

staben (oder auch von Worten und Sätzen) vornimmt; oder endlich durch die Veränderung der Interpunction bewirkt wird, vorzüglich wenn der Urtext der Interpunction entbehrt. Bei der vergleichenden Critik muß der Grad der Wahrscheinlichkeit nach der Auctorität der Quelle beurtheilt werden, aus welcher die Verbesserung geschöpft wird. Insoferne daher die vergleichende Critik aus einer vorzüglichern Quelle (z. B. aus dem Grundtexte oder aus einer correcteren und besser erhaltenen Copie) schöpft, kann sie aus ihrem eigenthümlichen Princip entscheiden. Wenn sie aber aus einer Quelle von gleicher Auctorität schöpft, so kann sie nur die Conjectural - Critik unterstützen, und diese erst muß entscheiden.

Wenn man alle Conjectural - Critik verwerfen will, so heißt dieses nichts anders als: Der Buchstabe müsse gelten, wenn er auch ganz entschieden nicht den Willen des Urhebers
der

der Rechtsnorm enthält. Ferner: da jeder an sich wahre Satz auch in seinem Extreme wahr seyn muß, so würde man, um consequent zu seyn, sagen müssen: wenn der Text reinen Unsinn enthält und durch eine leichte Veränderung ein vollkommen passender Sinn hergestellt werden kann, so darf dennoch nicht emendirt werden, wenn die vergleichende Critik nicht zu Hilfe kömmt. — Uebrigens versteht sich's ja von selbst, daß nicht willkührlich emendirt werden kann, sondern es muß die Wahrscheinlichkeit so groß seyn, daß kein vernünftiger Zweifel dagegen übrig bleibt.

§. 17.

β. Bei neuen Rechtsfätzen.

Was insbesondere die Interpretation neuer Rechtsfätze betrifft, so ist hier 1. zu untersuchen, inwieferne die älteren Gesetze durch das neue abgeändert werden sollten; ob man etwa dem älteren Gesetz nur einen Zusatz machen (subrogatio), oder aber es gänzlich abschaffen (abrogatio) oder endlich nur theilweise aufheben wollte, es sey nun, daß

dafs eine oder die andere Modification rein wegfallen (*derogatio*) oder mit einer andern vertauscht werden sollte (*abrogatio*). Dafs übrigens in einem particulären Rechtssatze nicht die Absicht liegen könne, einen Satz des gemeinen Rechts aufzuheben, ist für sich klar. (*Lex posterior specialis non derogat generali*). Dagegen ist es schwieriger auszumitteln, inwieferne mit der Aufhebung eines Satzes des gemeinen Rechts auch die particulären Rechtssätze, die sich auf denselben beziehen, aufgehoben seyn sollen, da dieses zwar keineswegs in der Regel der Fall ist, aber doch nach der Natur der Sache bisweilen vorkommen kann. Ausserdem kömmt es z. darauf an, die Wirksamkeit eines Gesetzes für frühere Fälle zu bestimmen. Oft genug ist dieses keineswegs ein so leichtes Geschäft. Zwar wenn aus der besondern Natur des Gesetzes nicht etwas anderes hervorgeht; kann eine zurückwir-

ken-

kende Kraft nicht angenommen werden (*Lex ad praeterita non est trahenda*), es wäre denn von einer authentischen Interpretation oder von der Erneuerung eines früher gegebenen Gesetzes die Rede. Aber selbst diese Regel ist in ihrer Anwendung schwankend, weil manche Rechtsveränderungen mehrere Momente erfordern, und es der Fall seyn kann, daß die Rechtsveränderung zwar noch nicht ganz vollendet, aber doch der eine oder der andere dieser Momente bereits eingetreten ist. Neue Schwierigkeiten entstehen, wenn ausdrücklich eine zurückwirkende Kraft einer Rechtsnorm eingeräumt worden ist, weil eine solche zurückgehende Wirksamkeit doch auch wieder in einer verschiedenen Ausdehnung genommen werden kann. Es ist daher sehr zu wünschen, daß jedes neue Gesetz über den Punkt der zurückwirkenden Kraft genauere Bestimmungen in sich enthalte.

Es

Es ist ungereimt, wenn man aus einzelnen Bestimmungen des römischen Rechts allgemeine Regeln ableiten will, welche dazu dienen sollen, die zurückwirkende Kraft neuer Gesetze zu bestimmen, die etwa künftig noch erscheinen möchten. Ueberhaupt überzeuge ich mich täglich mehr, wie wenig in dieser Materie mit allgemeinen Regeln gethan ist. Man würde besser thun, wenn man den Geist der einzelnen Gesetze genauer erforschen wollte, um zu sehen, ob es die Absicht des Gesetzgebers war, eine Rechtsveränderung überhaupt anders zu bestimmen, oder nur in Ansehung eines einzelnen Moments derselben andere Bestimmungen zu treffen. Im ersten Falle findet das Gesetz in der Regel Anwendung, wenn gleich bereits einige Momente der Rechtsveränderung eingetreten sind, so lange nur die Rechtsveränderung noch nicht ganz vollendet ist. Im zweiten Falle dagegen besteht in der Regel die Wirksamkeit des bereits eingetretenen Moments, der neuen abändernden Bestimmung ungeachtet.

§. 18.

γ. Bei Rechtsammlungen.

Eine besondere Rücksicht verdient die Interpretation bei Rechtsammlungen. Bei Privatsammlungen versteht sich's ohnehin, daß das Recht, was die neuere Sammlung enthält, nicht geradezu demjenigen Rechte derogiren könne, welches in der ältern Sammlung enthalten ist; sondern daß vielmehr die in den Sammlungen enthaltenen Rechtsätze ganz nach ihrem ursprünglichen Verhältnisse betrachtet werden müssen. Aber auch bei authentischen Sammlungen wird es sich wohl nicht als Wille des Sammlers annehmen lassen, daß die gesammelten Rechte nun auf einmal ihre vorige Natur ausziehen und als ganz gleichzeitiges Ursprungs gelten sollten, weil dadurch grossentheils unvernünftige Resultate hervortreten würden. Eben darum aber kann das ältere Recht einer
spä-

späteren Sammlung in der Regel das neuere Recht einer früheren Sammlung nicht abändern.

Daraus ergibt es sich schon, daß die gewöhnlichen Regeln über das Verhältniß zwischen Institutionen, Pandecten und Codex eine falsche Anwendung des Satzes: *Lex posterior derogat priori*, enthalten. (Vgl. Schömann Handb. des Civilrechts. B. I. Nro. I.)

§. 19.

B. Analogische Anwendung der Rechtsnormen.

Die analogische Anwendung einer Rechtsnorm besteht darin, daß der allgemeine Grund, welcher in einer ursprünglich nicht allgemeinen Rechtsnorm liegt, benützt wird, um aus demselben eine Anwendung jener Rechtsnorm auch für solche Fälle zu rechtfertigen, von denen sie zunächst nicht spricht, bei welchen aber der allgemeine Grund vorhanden ist (*Ubi eadem legis ratio, ibi eadem legis*

gis dispositio). Uibrigens ist es natürlich, daß sie nur da Statt finden kann, wo eine wahre Lücke in der Gesetzgebung sich zeigt. Bei RechtsSätzen, die eine Ausnahme vom gemeinen Rechte enthalten, ist sie aus eben diesem Grunde verwerflich.

Im römischen Rechte kömmt es bisweilen vor, daß ein jus particulare durch die Interpretatio prudentum aus einem mehrere Fälle umfassenden Grunde eingeführt worden ist; daß wir aber in den Quellen nur noch in einer besondern Anwendung auf einzelne Fälle eine Spur von jenem RechtsSatze übrig behalten haben. Hier nun könnte es als eine unbefugte Ausdehnung erscheinen, wenn man die Sphäre des RechtsSatzes über den Fall der besondern Anwendung hinaus zufolge des in ihm liegenden allgemeinen Grundes erweitern will, weil ja von einem particularen RechtsSatze die Rede ist. Allein mit Unrecht; denn es handelt sich ja nicht von einer Ausdehnung eines RechtsSatzes über seine ursprünglichen Grenzen, sondern nur von der Wiederauffindung dieser Gränzen. Daher ist hier überall nur von einer strikten Interpretation und nicht von einer analogischen Ausdehnung die Rede.

§. 20.

E. Begränzung der RechtsSätze wegen
veränderten Umständen.

Die Begränzung der RechtsSätze wegen veränderter Lage der Umstände stützt sich auf die Voraussetzung, daß die Constituenten einer Rechtsnorm sie nur insoweit gelten lassen wollen, als irgend einer von den Gründen vorhanden ist, welche die Festsetzung derselben herbeigeführt haben. (Nach der Regel: Cessante ratione legis cessat lex ipsa.) Diese Voraussetzung ist auch ganz natürlich; und daher kann die Gültigkeit eines RechtsSatzes bei veränderten Umständen entweder ganz wegfallen oder doch einen beschränkteren Umfang erhalten. Die Veränderung der Umstände kann aber theils bestehen 1. in einem Wegfallen des Rechtsgrundes. Indem nämlich eine allgemeine Rechtsregel aufgehoben wird, müssen nothwendig alle andern Rechts-

RechtsSätze ebenfalls wegfallen, welche bloß in Beziehung auf jene Regel und als Folgesätze aus ihr festgesetzt worden waren. Die Veränderung der Umstände kann aber auch bestehen 2. in einem Wegfallen des Zwecks (als des teleologischen Grundes der Rechtsnorm). Es würde ja offenbar dem Geiste der Rechtsnorm widersprechen, wenn man sie noch in Anwendung bringen wollte, obgleich es klar ist, daß alles dasjenige weggefallen ist, was dem Gesetzgeber die Zweckmäßigkeit derselben zu rechtfertigen schien, so daß jetzt vielleicht gar das Gegentheil von demjenigen bewirkt wird, was ursprünglich (nach der damaligen Lage der Dinge) die Folge des Gesetzes war. Nur muß der Rechtsgelehrte sich hüten, daß er nicht a) eine Rechtsnorm wegen Veränderung der Umstände beschränke oder als weggefallen erkläre, wenn noch immer der eine oder der andere Grund dafür vorhanden ist,

obgleich die übrigen Gründe aufgehört haben. b) Er muß nicht eine Rechtsnorm abändern, weil nur die Gründe für die besondere Modification weggefallen sind, so lange die Gründe für das Dasein einer Rechtsnorm überhaupt fortdauern; gesetzt auch, daß mit Zuverlässigkeit angenommen werden könnte, der Gesetzgeber würde bei den veränderten Voraussetzungen die Rechtsnorm anders modificirt haben. c) Er muß nicht Gesetze, die von Anfang an unzweckmässig waren, deräsoniren wollen, und es als eine Veränderung der Umstände betrachten, wenn etwa in der Folge sich die Ansichten über die Zweckmässigkeit derselben geändert haben.

4. Von den Hilfsmitteln des juristischen Studiums.

a. Im Allgemeinen.

§. 21.

Der ursprüngliche Weg, auf welchem man zur Rechtswissenschaft gelangt, ist das eigene Quellenstudium. Wenn aber auch gleich jede Methode des Studiums auf dieses wieder zurückkommen muß, so ist es doch natürlich, daß man sich durch die Benützung der Fortschritte, welche bis jetzt in der Rechtswissenschaft gemacht worden sind, die Mühe verkürze. Dabei wäre allenfalls nur zu fürchten, daß man über den Hilfsmitteln die Quellen vergäße, und dadurch der Gründlichkeit entbehrte. Die Hilfsmittel, wodurch man in den Stand gesetzt wird, die bisherigen Vorarbeiten zu benützen, sind übrigens theils die Praxis, (das Leben), theils mündlicher

und schriftlicher Unterricht. Der mündliche Unterricht in der Rechtswissenschaft wird auf Universitäten erlangt, der schriftliche wird aus Büchern geschöpft. Daher ist a. von der Praxis, b. von dem academischen Studium, und c. von dem Bücherstudium zu handeln.

b. Von der Praxis.

§. 22.

Die bloße Praxis, welche nicht mit theoretischem Studium verbunden ist, erscheint als ein nicht ganz geeignetes Mittel theoretischer Ausbildung, weil sie immer doch nur eine fragmentarische Nachhülfe für das Quellenstudium gewähren kann. Wenn sie aber den theoretischen Hilfsmitteln zur Seite gehet oder ihnen nachfolgt, ist sie vortrefflich, um einen höhern Grad wissenschaftlicher Klarheit zu erzeugen. Bei
man-

manchen Theilen der Rechtswissenschaft, welche hauptsächlich Vorschriften für die Vornahme von Handlungen enthalten, wird jedoch die Praxis für sich allein das Quellenstudium hinreichend unterstützen können, ohne daß es in der Regel anderer Hülfsmittel (z. B. academischer Vorträge) bedürfte.

1. So z. B. wird man academischer Vorträge über das Notariatsrecht und das Recht der sogenannten willkürlichen Gerichtsbarkeit entbehren können. Mit Recht fehlen daher dergleichen Vorlesungen. — Dasselbe gilt von dem Cameral- und Finanzrechte, von dem Polizeirechte, u. s. w., insoweit sie den Geschäftsgang, besonders das Detail desselben, betreffen.
2. Was die Einrichtung der Praxis betrifft, so soll darüber im dritten Hauptstücke noch etwas vorkommen, weil doch vorzüglich die practische Ausbildung ihr Zweck ist. — Aber eine Nebenbemerkung dürfte hier nicht ganz außer ihrem Platze sein. Wenn es nämlich wahr ist, daß das theoretische Studium durch die Praxis an Klarheit gewinnt, so würde daraus folgen, daß es sehr zweckmässig wäre, den Professoren auf Universitäten dazu Gelegenheit

heit zu verschaffen. Sonst boten die Schöppenstühle eine solche Gelegenheit im reichen Maasse dar. Diese ist itzt sehr geschmälert. Es fragt sich nun, ob es nicht gut wäre, den Professoren als solchen die unbeschränkte Befugniß der Advocatie zu ertheilen? Da es hier von der Willkühr eines jeden abhängt, ob er Processe übernehmen will, oder nicht, so würde eine solche Einrichtung noch einigen Vorzug vor der alten Einrichtung haben, bei welcher allerdings die gehäuften Arbeiten des Schöppenstuhls einen nachtheiligen Einfluß auf die Geschäfte der Professur äussern konnten, weil sehr oft ein ununterbrochenes, rein theoretisches Forschen nothwendig ist, damit irgend etwas Bedeuten- des geleistet werden könne. Möglich ist es, daß Manche durch Gewinnsucht sich werden verleiten lassen, mehr practische Arbeiten zu übernehmen, als ohne Nachtheil der Professur geschehen kann. Gesetzt aber auch, so wäre es ja immer besser, als wenn aus Gewinnsucht schlechte Bücher geschrieben werden, was man doch niemals verhindern kann.

c. Von

c. *Von dem academischen Studium.*

§. 23.

Würdigung der Vortheile und Nachtheile.

Das academische Studium besteht auf unsern Universitäten in dem Hören von Vorlesungen, weil es vielleicht nicht thunlich ist, eine zweckmässigere Form an die Stelle zu setzen, bei welcher der Studirende selbstthätig Antheil nehmen könnte. Da nun ohnehin jede vom Munde ausgehende lebendige Lehre leichter hinreißt, als das todte Buch, so ist das „jurare in verba magistri“ noch am allermeisten zu befürchten, wenn selbst die Form des Lehrvortrags auf ein gläubiges Annehmen fremder Ueberzeugung berechnet ist. Leicht treten daher die Hefte an die Stelle der Quellen, und der Zuhörer bleibt in den Grenzen des Vortrags, wie in einem Zauberkreise eingeschlossen. Bei diesen Nachtheilen gewährt aber der mündliche

che Vortrag auf der andern Seite sehr groſſe Vortheile, weil dem Lehrer hier manche eigenthümliche Mittel zum Zwecke der Deutlichkeit und zur Erregung der Aufmerksamkeit zu Gebote stehen und er es in seiner Gewalt hat, den Vortrag zu hemmen oder zu beschleunigen, je nachdem die Wichtigkeit der Materien es fodert. Auch ist der heilsame Zwang, der selbst bei völliger Freiheit im Besuchen der Vorlesungen dennoch durch die Gewohnheit des Besuchens bewirkt wird, als ein wichtiger Vortheil in Anschlag zu bringen. Die Nachtheile können vermieden werden, wenn Quellen und Bücherstudium noch neben dem Hören von Vorlesungen zur Seite geht, und der Lehrer selbst unablässig darauf dringt. Exegetische Vorträge über die schwereren Stellen können zum Theile dazu mitwirken, und sind daher zu empfehlen, wenn die Beschaffenheit der Quellen es nothwendig macht, die Vorlesun-

sungen mit Verlassung der Quellenordnung nach einem eigenen systematischen Plane einzurichten. — Um endlich die Zuhörer nicht an das blosse Hören zu gewöhnen, sondern vielmehr sie zum Selbstdenken anzuregen, kann der Lehrer dadurch, daß er Aufsätze machen läßt, und allenfalls durch Examinatorien oder Repetitorien dem Privatfleisse eine gröfsere Schwungkraft zu geben suchen, obgleich Repetitorien nicht allemal ihren Zweck erreichen, weil dadurch häufig ein noch höherer Grad von Hingebung an fremde Hülfe veranlasst wird.

Ob die exegetischen Vorlesungen mit dem systematischen Vortrage verbunden werden sollen? — Wenn man eine Chrestomathie zur Hand hat, und nicht etwa dem Lehrer durch Gesetze oder Herkommen die nöthige Zeit für sein Lehrfach beschränkt ist, so ist eine solche Verbindung allerdings der Trennung vorzuziehen. Wie aber wäre es möglich, die sogenannten Pandectenvorlesungen mit Exegese zu verbinden, wenn man mit täglichen zwei Stunden in einem grösstentheils kurzen Sommersemester fertig werden soll?

§. 24.

Räthlichkeit von Vorlesungen.

Es ist keineswegs zweckmäfsig, über alle Zweige der Rechtswissenschaft, und über alle juristischen Hilfswissenschaften academische Vorlesungen zu besuchen. Räthlich wird es nur da sein, wo es entweder wegen der besondern Schwierigkeiten des Studiums vorzüglich auf Deutlichkeit ankommt (wie dieses bey den frühesten Studien in einem Fache ganz besonders der Fall ist) oder wo wegen Mangel guter Lehrbücher oder dem Umfang des Quellenstudiums academische Vorträge nicht entbehrt werden können. In manchen Wissenschaften sind academische Vorlesungen nur bedingt zu empfehlen, insoferne sie von einem besonders ausgezeichneten Lehrer gelesen werden. Am wenigsten gewinnvoll pflegen Vorlesungen über Wissenschaften zu sein, in welchen man gar nicht die Absicht hat

hat, mehr als oberflächliche Kenntnisse zu erlangen, und wo schon aus dem gemeinen Leben dergleichen oberflächliche Kenntnisse leicht erlangt werden können; denn wenn man auch in den Vorlesungen manches Neue hört, so pflegt doch dasjenige, was man nicht schon aus dem Leben gelernt hat, bald wieder verloren zu gehen, eben weil es nur oberflächlich aufgegriffen war. Hieher dürften Naturgeschichte, Landwirthschaft, Technologie und juristische Arzneikunde vielleicht zu rechnen sein.

§. 25.

Bedingungen der möglichst besten
Benützung.

Die gute Benützung academischer Vorlesungen setzt als Bedingungen voraus 1. gute Wahl der Lehrer. Diese ist aber dem Anfänger schwerer zu beurtheilen, als man denken möchte.

te. Leicht kann der Lehrer durch vieles Citiren die Gründlichkeit ersetzen, und sich durch das Uibergehen der schwersten Materien den Anschein von Deutlichkeit geben. Der Mangel des Systems läßt sich noch so ziemlich verhüllen, wenn man durch tabellarische Anordnung täuscht. Vor allem aber ist ein blendender Vortrag geeignet, jeden anderen Mangel zu ersetzen. Für den Anfang bleibt daher nichts übrig, als sich nach dem Rufe zu richten, der freilich oft trüglich genug ist, weil nicht selten die Charlatanerie über die bescheidene Gründlichkeit siegt. Dennoch ist der Ruf noch ein besserer Führer, als wenn man durch Nebenrücksichten sich bestimmen läßt, und auf die besseren Zeugnisse sieht, oder die Leichtigkeit, gute Hefte zu schreiben, entscheidend werden läßt.

2. Gute Auswahl der Vorlesungen, wobei vorzüglich auf systematische Anordnung und auf Vermeidung der

der

der Ueberhäufung zu sehen ist. 3. Fleißiges Besuchen der Vorlesungen. 4. Verbindung mit Privatfleiß. Hier pflegt vorzüglich das Vorbereiten empfohlen zu werden, damit der Zuhörer schon zum Voraus die schwierigen Punkte kenne, und auf diese seine Aufmerksamkeit ganz vorzüglich richte. Der Nutzen des Vorbereitens ist auch klar genug, wenn man nur Zeit und Kraft genug hat, um sich durch alle Schwierigkeiten, welche ein gedrängtes und durchaus auf Erläuterung berechnetes Vorlesebuch darbietet, so weit durchzuarbeiten, daß man zum Voraus beurtheilen kann, welche Punkte eine vorzügliche Aufmerksamkeit erfordern. Unumgänglich ist aber in allen Fällen das Nachstudiren, indem dieses durch die Vorlesungen vielmehr nur vorbereitet als entbehrlich gemacht werden soll. Dieses zu erleichtern, ist der hauptsächlichste Nutzen des Nachschreibens, welches

ches daher in der Regel kein wörtliches Nachschreiben sein soll. Großen Vortheil gewährt insbesondere das gemeinschaftliche Wiederholen, und sollte auch dieses noch einigen Zweifel übrig lassen, so bleibt immer noch der Weg der Anfrage beim Lehrer übrig.

Dafs das Nachstudiren nicht bloßes Wiederkauen der Hefte, sondern ganz vorzüglich auch Quellenstudium und Benützung literarischer Hülfsmittel sein müsse, versteht sich von selbst.

d. Von dem Bücherstudium.

§. 26.

Das Privatstudium aus Büchern läßt die Nachbeterei weniger befürchten, als das academische Studium, weil hier die hinreißende Kraft eines rednerischen Vortrags wegfällt. Dagegen sind viel leichter Mißverständnisse möglich; der wohlthätige Zwang fällt weg und
der

und der hohe Grad der Deutlichkeit, den der Lehrvortrag zu gewähren im Stande ist, ist schwerlich erreichbar. Eben darum wird bei nicht ganz ausgezeichneten Talenten es nicht räthlich sein, dem Privatstudium aus Büchern Alles zu überlassen und die Vorträge gänzlich zu vernachlässigen. Sind aber einmal die Hauptschwierigkeiten des juristischen Studiums gebrochen, so bedarf es weiter der Vorträge nicht mehr. Vielleicht ist sogar das Vehikel des Bücherstudiums jetzt entbehrlich, und der Studirende wird am besten sich unmittelbar an die Quellen halten. Zum Besten des Bücherstudiums gereicht übrigens Kenntniß der Literatur, und darum ist die juristische Literaturgeschichte sehr zu empfehlen.

Wenn gute Vorlesungen über römisches Recht, germanisches Recht, und canonisches Recht gehört worden sind, so kann man sich über das practische (Land-) Recht gar wohl entweder aus den Quellen unmittelbar oder doch

G

mit

mit Beihülfe von Büchern unterrichten. Die Praxis mag das ihrige dazu beitragen. Es ist auch zu erwarten, daß das dringende Bedürfnis den Privatfleiß kräftig genug antreiben wird.

§. Von der Anordnung des juristischen Studiums.

II. Grundsätze der Anordnung im Allgemeinen.

§. 27.

Die Anordnung der einzelnen Doctrinen, die zum juristischen Studium gehören, beruht 1) auf dem Grundsatz, daß alle Lehren nach dem ihnen zukommenden Umfang, d. h. systematisch zusammengestellt werden müssen. Was aber die coordinirten Lehren betrifft, so ist es dafür 2) weiterer Grundsatz, sie so anzuordnen, daß diejenigen vorangestellt werden, welche am meisten zur Erläuterung der übrigen beitragen, und selbst am wenigsten nöthig haben, ihre Erläuterung aus den
an-

andern Doctrinen zu schöpfen. Werden diese Grundsätze beobachtet, so gewinnt dadurch a) die Deutlichkeit, weil man das Verhältniß einer jeden Doctrin zu den übrigen Doctrinen sogleich auf den ersten Blick aus der bloßen Stellung welche eine Lehre behauptet, zu erkennen im Stande ist. Es gewinnt aber auch b) das Studium an Leichtigkeit, weil jede Lehre gleich von Anfang an verständlich ist, indem die vorausgegangenen Doctrinen eine hinreichende Vorbereitung darbieten.

B. *Von der systematischen Anordnung.*

§. 28.

Der Grundsatz der systematischen Anordnung bringt es mit sich, daß allemal die allgemeineren Lehren in einem allgemeinen Theile den Doctrinen vorangeschickt werden, in welchen sie ihre Anwendung finden; kei-

neswegs aber ist es zu billigen, wenn man es sich erlaubt, dergleichen allgemeineren Lehren dort einen Platz anzuweisen, wo sich die erste Gelegenheit darbietet, sie auf Veranlassung einer besondern Anwendung abzuhandeln. Eben darum wird aber auch eine **Succession von allgemeinen Theilen** nothwendig, damit man im Herabsteigen vom Allerallgemeinsten bis zum Allerbesondersten den Grundsatz der systematischen Anordnung niemals verletze. Diesem zufolge muß dem öffentlichen und dem Privatrechte ein gemeinschaftlicher allgemeiner Theil vorangehen, der die allgemeinsten Lehren aufzunehmen bestimmt ist, die von dem öffentlichen Rechte, wie von dem Privatrechte, mit gleicher Befugniss in Anspruch genommen werden. Nichtsdestoweniger fordert das System auch noch einen besondern allgemeinen Theil sowohl für das öffentliche Recht (wo das sogenannte

nannte Staatsrecht als ein solcher betrachtet werden muß, (Vgl. Haupts. I. §. 15.) dessen Studium deshalb den übrigen Theilen des öffentlichen Rechts vorangehen müsste), als auch für das Privatrecht. Dasselbe gilt wieder von den einzelnen Theilen des öffentlichen und Privatrechts und ihren Verzweigungen. (So z. B. wird sowohl das Sachenrecht als das Obligationenrecht wieder seinen allgemeinen Theil haben müssen). Dafs bei der Anordnung der allgemeinen Lehren selbst wieder dasselbe Princip der Unterordnung herrschen müsse, liegt in der Natur der Sache.

Der Grundsatz einer systematischen Anordnung läßt sich allerdings vollkommen realisiren, denn warum sollte es unmöglich sein, einem jeden Satze den seinem Umfang entsprechenden Platz anzuweisen. Man spricht gewöhnlich vom Zerreißen verwandter Materien, leitet aus der Unmöglichkeit eines solchen Zerreißens die Unmöglichkeit eines durchaus vollkommenen Systems her, und dadurch glaubt

glaubt man die allerunvollkommensten Versuche systematischer Anordnung hinlänglich gerechtfertigt zu haben. Allein man fragt mit Recht, worauf denn die [Verwandtschaft derjenigen Materien sich gründe, welche nicht zerrissen werden sollen! Soll etwa jede bloße Nominalverwandtschaft schon dem System Eintrag thun können? Oder haben nicht die Lehren, so wie sie [durch das System zusammengeordnet werden, auch eine Verwandtschaft unter sich, welche eben so wohl auf Unzertrennlichkeit Anspruch macht? —

§. Von der vorbereitenden Anordnung.

§. 29.

U e b e r h a u p t.

Das Princip der vorbereitenden Anordnung bringt es mit sich, daß sowohl die Ordnung, in welcher man die einzelnen Theile des juristischen Studiums auf einander folgen läßt, als auch die innere Anordnung der einzelnen Theile selbst zweckmässig berechnet sei, damit das Vorausgegangene immer hinlängliche Hülfsmittel zur
Er-

Erläuterung des Folgenden darbiere, ohne daß man genöthigt ist, entweder zu anticipiren oder vor der Hand Dunkelheiten zurückzulassen, die sich erst in der Folge aufhellen sollen.

Man muß zugeben, daß dieses niemals vollkommen erreicht werden kann, weil mehrere coordinirte Doctrinen sich wechselseitig zur Erläuterung zu dienen pflegen, während doch nur eine successive Auffassung möglich ist. Selbst die systematische Anordnung widerspricht zum Theil diesem Zwecke, weil das Allgemeine nie ganz deutlich ist ohne das Besondere. Weil aber umgekehrt auch das Besondere nicht deutlich ist ohne das Allgemeine, so beweist dieses nichts gegen den Grundsatz der systematischen Anordnung. Dieser bleibt vielmehr als oberster Grundsatz bestehen, und das Princip der vorbereitenden Anordnung wurde deswegen nur als subsidiarisch für die coordinirten Doctrinen ausgesprochen, indem hier jener erste Grundsatz nicht entscheidet.

§. 30.

Von der Anordnung der juristischen
Hauptwissenschaften.

Was die Anordnung der juristischen Hauptwissenschaften betrifft, so wird es 1) nicht gut sein, mit dem rationalen juristischen Studium den Anfang zu machen, ehe einige (wenigstens oberflächliche) Kenntniß des positiven Rechts ihm zur Grundlage dienen kann. Sodann aber wird zuerst Rechtsphilosophie und Politik im Allgemeinen vorangehen müssen, ehe das Studium einzelner Theile der rationalen Rechtswissenschaft, z. B. die (rationelle) Theorie des Civilprocesses, des Criminalrechts u. s. w. folgen können. 2) Den Studien des positiven Rechts wird a) eine Encyclopädie des gesamten bürgerlichen Rechts (Vgl. Hauptst. 2. §. 8.) am besten zur Einleitung dienen. Nur müßte eine solche Einleitung nicht bloße Begriffe ent-

enthalten, sondern vielmehr eine historische Entwicklung der verschiedenen Gestaltungen liefern, die das positive Recht unter dem Wechsel der äußern Bedingungen (z. B. der Cultur, des Klimas u. s. w.) zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Völkern angenommen hat. So beschaffen, möchte eine Einleitung am meisten geeignet sein, den historischen Geist frühzeitig zu wecken, und das speculative Interesse kräftig anzuregen, während eine Masse von dürren Begriffen gewöhnlich nur Widerwillen gegen das juristische Studium erzeugt; zu so größerem Nachtheile, je schwerer es ist, die ersten Eindrücke wieder zu tilgen. Dieser Einleitung müßte folgen 2) das Studium der Mutterrechte, aus welchen die unmittelbar practischen Rechte geflossen sind. (Also für den europäischen Juristen das Studium des römischen, des germanischen und allenfalls des canonischen Rechts)

Rechts). Den letzten Platz wird 3) das Studium des unmittelbar p r a c t i s c h e n Rechts (Landrechts) einnehmen müssen. —

Ueber die zweckmässigste Anordnung des Einleitungsstudiums haben von jeher verschiedene Ansichten geherrscht. Daher sind auch unter dem Namen (innere) Encyclopädie und Institutionen verschiedene Einleitungs-Collegien gewöhnlich gewesen, und zum Theile noch gewöhnlich. Theils enthalten sie eine kurze Darstellung des gesammten jetzt practischen Rechts (wie z. B. bei Hugo und Hufeland), theils aber bloß eine skizzirte Darstellung des römischen Rechts, und zwar insbesondere des Privatrechts (meistens nach der Ordnung der Justinianeischen Institutionen, oder auch nach eigenem Systeme). Ich selbst finde mich für's erste genöthigt, mein Einleitungs-Collegium (Institutionen) auf eine kurze Darstellung des römischen Privatrechts zu beschränken, bis ich meinen juristischen Kenntnissen denjenigen Umfang geben kann, dessen ich bedarf, um meine Idee zu realisiren. Ich kann aber nicht läugnen, daß es mir von Jahr zu Jahr lästiger fällt, in den Pandecten immer bloß eine Erweiterung der Institutionen sehen zu müssen.

§. 31.

Von der Verbindung mehrerer juristischen Hauptwissenschaften.

Eine Verbindung verschiedenartiger Rechtstheile kömmt insbesondere vor 1) so, daß das rationelle juristische Studium mit dem positiven Rechte verbunden wird. Ein gefährlicher Versuch, welcher leicht Veranlassung zu falschen Ansichten über den Geist eines bestimmen positiven Rechtssystems werden kann. Eher ginge es an, die allgemeine Politik mit der Encyclopädie des positiven bürgerlichen Rechts zu verbinden. Es kömmt 2) auch wohl vor, daß mehrere positive Rechte miteinander verbunden werden. Auch eine solche Verbindung ist nicht zu billigen, wenn nicht etwa der Hauptcharacter derselben sich durchaus gleich ist, so daß das eine als bloße Modification des andern erscheint. Wo aber zum Behufe der gründlichen Behandlung

lung

lung bei jedem der verschiedenen Rechte die man verbinden will, ein eigenthümlicher historischer Standpunkt genommen werden muß, da pflegt meistens über den Bestreben, Alles zu leisten, gar Nichts geleistet zu werden. Dieses gilt insbesondere von der Verbindung des römischen Rechts mit dem germanischen Rechte oder mit dem Landrechte. Endlich kömmt es auch 3) vor, daß das alte Recht verbunden wird mit dem neuen, z. B. das vorjustinianeische Recht mit dem justinianeischen. Eine solche Verbindung ist allerdings zu rechtfertigen, da das Studium des alten Rechts dadurch in seiner lebendigsten Beziehung zum neuen Rechte erscheint und auf diese Weise am allermeisten seinem Zwecke als Hülfsmittel zur Interpretation des neuern Rechtes entspricht. Auch kann in der Regel nicht angenommen werden, daß der Geist einer Gesetzgebung in seinen Hauptzügen sich so sehr verändert habe,

be, daß eine Verbindung dadurch ausgeschlossen würde.

§. 32.

Von der Anordnung der Hülfs-
wissenschaften.

Die Anordnung der juristischen Hülfsstudien muß so beschaffen sein, daß immer das Studium einer Hülfswissenschaft denjenigen juristischen Hauptstudien vorangeht, für welche sie Hülfswissenschaft sein soll. Daher ist es sehr zweckmäßig, wenn 1) die allgemeinen philosophischen und mathematischen Studien den Eintritt in die Jurisprudenz vorbereiten. Eben so wird 2) eine methodologische Einleitung mit Nutzen voranzuschicken sein, welche dazu diene, den ganzen Umfang des juristischen Studiums übersehbar zu machen, und die für dasselbe passende Methode zu entwickeln. 3) Die besondere Geschichte derjenigen Völker, deren Recht man kennen lernen will, muß studirt werden, ehe
man

man zu dem Rechtsstudium selbst übergeht, und zwar mit vorzüglicher Rücksicht auf die Sitten, auf die Gebräuche und den Culturzustand jener Völker.

4) Das Studium der juristischen Literaturgeschichte kann am nützlichsten werden, wenn man bereits in den einzelnen Fächern Kenntnisse hat, und kann deshalb recht gut nach dem Studium der juristischen Hauptwissenschaften seinen Platz erhalten. 5) Die philologischen Studien müssen natürlich dem Studium eines Rechtes vorangehen, dessen Quellen außerdem unzugänglich bleiben würden. 6) Die eigentliche Rechtsgeschichte, sowohl die äußere als die innere, könnten vielleicht am besten mit dem Studium des Rechtssystems selbst verbunden werden, in der Art, daß das Allgemeine der Rechtsgeschichte als Einleitung voranginge, das Besondere aber den einzelnen Rechtslehren vorangeschickt würde.

Dem.

Demnach würden die sogenannten Pandecten-
vorlesungen auch die Vorlesungen über die
Rechtsgeschichte in sich aufnehmen. Und da
die Institutionenvorlesungen nicht eigentlich
mehr römisches Recht ausschließlich enthalten
dürften, (Vgl. §. 30), so bliebe nur noch ei-
ne einzige Vorlesung über das römische Recht
übrig, welche den Namen einer Pandecten-
Vorlesung wenigstens in so weit verdiente,
als sie eine Darstellung des gesamten
römischen Rechts (sowohl des neuen, als
auch des alten, sowohl des Privatrechts, als
auch des öffentlichen Rechtes) in einer zweck-
mäßigen Vollständigkeit enthielte. Frei-
lich dürfte für eine so umfassende Darstel-
lung ein durch zwei halbe Jahre fortlaufen-
des doppeltes Collegium schwerlich zu viel
sein. — Auf dieselbe Weise wäre aber auch
das germanische Recht zu behandeln; so daß
eine vollständige historische Entwicklung der
einzelnen Institute des germanischen Rechts
geliefert würde. Da aber Vorlesungen über
diesen Gegenstand sich ebenfalls auf das Pri-
vatrecht nicht beschränken dürften, so wür-
den sie in einem einzigen halben Jahre nicht
wohl beendigt werden können, sondern mit
gleichem Rechte ein ganzes Jahr in Anspruch
nehmen, und zwar in der Art, daß sie we-
nigstens in dem einen halben Jahre als ein
dop-

doppeltes Collegium gelesen würden. — Diese Forderungen werden nicht übertrieben scheinen, wenn man bedenkt, daß dadurch die practische juristische Bildung ihrem wesentlichsten Theile nach vollendet ist, weil nun das Studium jedes einzelnen practischen Rechts leichte Arbeit ist.

Drittes Hauptstück.

Von dem Rechte als Gegenstand der Kunst.

§. 1.

Rechtskunst.

Das Recht, insoferne es bezogen wird auf ein Subject, das es zu benützen versteht für seine Zwecke, wird Gegenstand der Kunst. Der sogenannte Practiker, welcher der Rechtskunst mächtig ist, hat nur leider nicht allemal das reine Interesse der Gerechtigkeitsliebe; gar Mancher bedient sich dieser Kunst, um durch Verdrehung des Rechts andere Zwecke, als die der

H

Ge-

Gerechtigkeit, zu erreichen, (Rabulistereien).

Sowohl der positive Jurist als der rationelle kann Practiker oder Theoretiker sein. Ueberhaupt ist der Practiker so vielfach, als die Theile der Rechtswissenschaft es sind.

§. 2.

Bedingungen der Rechtskunst.

Die Erlangung der Rechtskunst setzt zuvörderst allemal genaue Rechtskenntniß voraus, d. h. der Practiker muß allemal auch nothwendig Theoretiker sein. Theoretisches Rechtsstudium ist daher Hauptbedingung der practischen Ausbildung, obgleich man sich bei dem Practiker mit einem geringeren Grade von Gründlichkeit gewöhnlich zu begnügen pflegt, als bei dem bloßen Theoretiker. Ausserdem aber wird es gut sein, wenn er sich gewisse Regeln einzuprägen sucht, denen bewährte Erfahrungen über die
beste

beste Art und Weise, wie die zum Behufe der Anwendung des Rechtes vorkommenden Geschäfte beendigt werden können, zum Grunde liegen müssen. Der Inbegriff dieser Kunstregeln bildet die sogenannte practische Rechtswissenschaft (Theorie der Praxis), welche deswegen als eine Hilfswissenschaft für die practische Ausbildung anzusehen ist. Ausser der allgemeinen Theorie der Praxis, wohin z. B. die Theorie des Geschäftsstils überhaupt und der Decretirkunst insbesondere, dann die sogenannte Registraturwissenschaft gehört, enthält die practische Rechtswissenschaft besondere Theorien für die einzelnen Geschäftszweige. So spricht man von einer Theorie der diplomatischen Praxis, der Cameralpraxis, der Polizeipraxis, der Criminalpraxis, der civilgerichtlichen (oder Processual-) Praxis u. s. w. — Allein theoretische

Rechtskenntniß und Kenntniß der Kunstregeln machen noch immer den guten Practiker nicht aus, so lange es an dem belebenden Princip fehlt, an der Fertigkeit nämlich, sich in dem einzelnen Falle der darauf sich beziehenden Rechtssätze und Kunstregeln sogleich zu besinnen.

§. 3.

Hilfsmittel der practischen Ausbildung.

Was die Kunstfertigkeit anbelangt, deren der Practiker bedarf, so wird diese freilich einzig und allein durch Übung erlangt. Lehren läßt sich hier Nichts; nur selbstthätige Kraftanstrengung führet zum Ziele. Eher lassen die Kunstregeln sich lernen, am besten freilich aus eigener Erfahrung; aber auch Unterricht ist hier von Nutzen, um die Lücken der eigenen Erfahrung zu ergänzen.

Eben

Eben darum ist er am zweckmässigsten, wenn er der eigenen Erfahrung folgt, er mag nun aus academischen Collegien oder aus practischen Schriften geschöpft werden, weil er alsdann gehörig vorbereitet ist.

§. 4.

Von practischen Collegien auf Universitäten.

Von practischen Collegien auf Universitäten pflegt man gewöhnlich nicht viel zu halten, grösstentheils wohl nur deswegen, weil man selbst keine Gelegenheit hatte, wohleingerichtete Practica zu besuchen; denn, da es demjenigen, welcher ein solches Practicum leitet, möglich ist, eine grössere Menge interessanter Fälle in einem kurzen Zeitraume vorkommen zu lassen, als dieses in der wirklichen Erfahrung jemals der Fall sein kann; da ferner er die Gelegenheiten benützen kann, um bei den einzelnen Fällen die darauf sich beziehenden Kunstregeln bemerklich zu machen, so kann es nicht fehlen, daß ein solches practisches Collegium, richtig geleitet, von dem grössten Nutzen

sein müsse. Nur finden sich freilich die Bedingungen selten zusammen, unter denen solche Collegien recht zweckmässig werden. Es wird aber auch nicht weniger vorausgesetzt, als daß der Lehrer 1. ein Mann von ausgedehnter Erfahrung und ausgezeichnetem Scharfsinne sei; daß er 2. die Kosten nicht scheue, um die wirkliche Erfahrung so viel als möglich nachzunehmen (wozu insbesondere eine große Actensammlung unentbehrlich ist), daß er ferner 3. seine Zuhörer durch fortgesetzte Arbeiten in ununterbrochener Uebung erhalte, und dabei die Mühe nicht scheue, die das Durchgehen und Corrigiren der einzelnen Ausarbeitungen ihm veranlasst.

Ein gewöhnlicher, aber sehr natürlicher Fehler bei den academischen Practicis ist der, daß man die Kunstregeln so gerne systematisch vortragen will. Die Theorie, die der Erfahrung vorhergeht, ist zum größten Theile verloren. Darum ist es am besten, wenn man sogleich mit Ausarbeitungen anfängt, nachdem man zuvor nur einen kurzen Vorbegriff darüber gegeben hat. Die Rügung der Fehler wird Gelegenheit genug geben, um die Theorie auf eine interessante Weise folgen zu lassen. Das: *errando discimus*, gilt in dieser Beziehung ganz vorzüglich.

A n h a n g

zur Erläuterung des angehängten
Schema's.

Das, was im zweiten Hauptstücke (§. 27 — 32) gesagt worden ist, enthält zwar keinen eigentlichen academischen Studienplan, aber doch die Anleitung, um darnach einen solchen Studienplan sich entwerfen zu können. Dieser wird alsdann allemal den besonderen Zwecken eines Jeden angepasst werden müssen. Da nun der gewöhnlichste Zweck der Rechts-Candidaten ist, sich dem Justitzfache zu widmen, so wird das angehängte Schema, welches einen für angehende Justitzbeamte berechneten academischen Studienplan enthält, nicht unzweckmässig erscheinen.

Es

Es ist dieser Plan entworfen ohne Rücksicht auf irgend eine bestimmte Universität, so daß also auch gar nicht in Betrachtung gezogen ist, ob die Vorlesungen wirklich in der vorausgesetzten Ausdehnung und in den Semestern gelesen werden, welchen sie zugetheilt sind. Dieses war auch durchaus notwendig, wenn nicht eine gewisse Einseitigkeit dem Plane schaden sollte. Eben so wenig konnte der Fall berücksichtigt werden, wo von Seite der Regierung eine gewisse Anzahl von Vorlesungen unabänderlich vorgeschrieben ist.

Die zu hörenden Vorlesungen sind in vier Jahres-Curse eingetheilt. Der erste Jahres-Curs kann entbehrt werden, wenn die dahin treffenden Fächer bereits vor dem Besuche der Universität (etwa auf einem Lycaeuum oder einer andern Lehranstalt wissenschaftlich betrieben worden sind. Von den-
übri-

übrigen drei Jahres - Cursen kann höchstens ein halbes Jahr erspart werden; nämlich der fünfte Semestral - Curs, insoferne nämlich die Landes - Gesetzgebung so wenig Originelles enthält, daß eigene Vorlesungen über die einzelnen Zweige derselben entbehrt werden können. Gewöhnlich ist es am meisten bei dem Privatrechte der Fall, weil dieses größtentheils nur eine Modification des römischen und germanischen Rechts unter einigem Einflusse des canonischen ist. Auch das Proceßrecht hat meistens in den einzelnen Ländern wenig Besonderes, so daß auch in dieser Rücksicht die Vorlesungen über das germanische Recht im Allgemeinen (wenn darin auch, meinem Plane gemäß, das Proceßrecht abgehandelt wird) genügend sein können. Mehr Originalität hat das Criminalrecht einzelner Länder in den neuern Zeiten erhalten. Hier wären also am meisten eigene Vorlesungen am Platze. Jedoch
sind

sind auch diese weniger wichtig, wenn gute Vorlesungen über das rationelle Criminalrecht gehört werden, weil alsdann das Selbststudium der einzelnen Criminalgesetzgebungen gar zu leicht ist (daher denn auch die Vorlesungen über das Criminalrecht sehr oft und mit Nutzen den Character eines rationalen Criminalrechts annehmen). Bisweilen ist für den Justizbeamten auch das Polizeirecht nothwendig, (wenn nämlich die Justizgeschäfte von den Polizeigeschäften nicht getrennt sind). Alsdann aber gilt hier dasselbe, was von dem Criminalrechte gesagt wurde. Gute Vorlesungen über sogenannte Polizeiwissenschaft (rationelles Polizeirecht) werden besondere Vorlesungen über das positive Polizeirecht überflüssig machen. Die Praxis wird hier dem Selbststudium leicht zu Hülfe kommen können. Das Studium des Staatsrechts ist ohnehin für den Justizbeamten in der Regel minder nothwendig.

We-

Weniger als fünf Semester soll der eigentliche juristische Cursus auf Universitäten niemals enthalten. Wo besondere Vorlesungen über die einzelnen Zweige des Landrechts für unentbehrlich gehalten werden, sind eigentlich drei volle Jahre unerlässlich. Das wissenschaftliche Studium wird schwerlich gedeihen, wenn es zur Sitte wird, schon nach zwei oder höchstens dritthalb Jahren von der Universität wegzueilen. Viele freilich werden durch Armuth dazu genöthigt und der Staat ist nicht immer im Stande, durch Stipendien zu helfen. Aber ein großer Reiz ist gewiss auch die Furcht, eine baldige Anstellung zu versäumen, und es wäre vielleicht möglich, die Fliehkraft, welche auf manchen Universitäten so schädlich und so unaufhaltbar wirkt, zu vermindern, wenn man bei den Anstellungen die Ordnung, in welchen die Aspiranten zum Staatsdienst die Staats-Prüfung bestanden haben.

ben, an und für sich gar nichts entscheiden liefse.

Was nun die positiv-juristischen Vorlesungen insbesondere betrifft, so ist außer demjenigen, was so eben über das Studium des Landrechts in seinen einzelnen Zweigen bemerkt worden ist, nichts Besonderes zu erinnern. Es ist in der Natur der Sache, daß das römische Recht, als das mehr unabhängig Ausgebildete, dem germanischen und canonischen Rechte vorhergehe, da diese allenthalben auf das römische Recht sich beziehen. Das germanische und canonische Recht beziehen sich wechselseitig aufeinander. Hier ist daher die Anordnung ziemlich gleichgiltig. Es könnte immerhin das canonische Recht in das dritte Semester geordnet werden, so daß nun das germanische Recht das vierte Semester allein ausfüllte, wenn nicht auf der andern Seite es auch einiges für sich hätte,

te,

te, die drei Stunden über das germanische Recht in zwei halbe Jahre zu vertheilen.

Was die rationell - juristischen Studien betrifft, so sind die allgemeinen rechtsphilosophischen und politischen Studien in das zweite Semester geordnet worden, weil es zweckmässig ist, daß oberflächliche Kenntnisse des positiven Rechts (welche die Encyclopädie gibt) vorausgegangen seien. Was die einzelnen Zweige anbetrifft, so wurden vorzüglich die Polizeiwissenschaft und das rationelle Criminalrecht ausgezeichnet. Den Vorlesungen über diese Wissenschaften ist besonders das fünfte Semester anzuweisen, insoferne man sich dort nicht zu viel mit dem Studium des Landrechts zu beschäftigen hat.

Was die juristischen Practica betrifft, so gebührt diesen durchaus der Platz nach allen theoretischen juristi-

ristischen Studien. Da sie viele Zeit rauben, so muß man auch sorgen, daß das Semester, was man dafür bestimmt, von andern Collegien fast durchaus frei sei. Es ist eines von den Hauptübeln, welche aus der Uibereilung des academischen Studiums zu entspringen pflegen, daß die Practica einen ganz unnatürlichen Platz erhalten.

Die philosophischen Studien können dem eigentlichen juristischen Cours zweckmäfsig vorausgehen. Es schadet aber auch gar nicht, wenn noch einiges hereinfällt; insbesondere ist am Schlusse der academischen Laufbahn der rechte Zeitpunkt da, um bei einem wahrhaft philosophischen Lehrer einen neuen Cours zu machen.

Die allgemeine Einleitung in das juristische Studium (welche eigentlich als ein Theil der angewandten Logik zu betrachten ist) ist im Schema in das erste Semester des juristischen Curses
ge-

gestellt. Wenn aber dem vorbereitenden Cursus ein eigenes Jahr auf Universitäten gewidmet wird, so wird es sogar räthlich sein, diese Vorlesung in den vorbereitenden Cursus einzureihen, damit man beim Eintritte in das juristische Studium wegen der Wahl der Vorlesungen nicht in Verlegenheit sei.

Die mathematischen Studien gehören eigentlich in den vorbereitenden Cursus, da sie den wissenschaftlichen Geist wecken sollen. Sie neben den juristischen Studien her noch weiter zu betreiben, wird vielleicht mehr Zeit erfodern, als das juristische Studium entbehren kann.

Was die historischen Studien betrifft, so wird es gut sein, wenn das Allgemeinere dem Anfange des eigentlichen juristischen Studiums vorausgegangen ist; denn schon bei dem ersten juristischen Collegio (den Institutionen) werden historische Kenntnisse vorausgesetzt. Die einzelnen Zweige des Rechts setzen besondere historische Vorkenntnisse voraus. Das eigentlich
Rechts-

Rechtshistorische freilich kann u. muß einleitungsweise in die juristischen Vorträge eingewebt werden, aber dieses ist selbst wieder nur Fragment der ganzen Geschichte (insbesondere der Cultur- und Sittengeschichte) eines Volks, und nur aus dieser verständlich. Daher muß insbesondere dem Studium des römischen Rechts die römische Geschichte (besonders als Cultur- und Sittengeschichte) vorausgehen. Weniger fremd sind uns die ehemaligen und jetzigen Sitten der germanischen Völker; deswegen sind auch insoferne besondere Vorlesungen weniger nothwendig. Die juristische Literärgeschichte ist eigentlich so spät als möglich zu hören, und wurde deswegen in das letzte Semester gesetzt.

Für die philologischen Studien ist ein leerer Raum geblieben, um anzudeuten, daß sie nicht vernachlässigt werden dürfen. Eigentlich sollten sie schon allem academischen Studium vorausgehen. Ist man aber dabei zurückgeblieben, so ist das Versäumte so bald als möglich nachzuholen.

e m i s t i t z b e a m t e.

istische
en. torische
studien.

Philologische
Studien.

Alte
und
neuere
geschichte,
ethnographie
Statistik.

des ge-
sitiven e Geschichte,
ls Antiquitä-







Unterholzner, Karl August Dominik,

Allgemeine Einleitung in das juristische Studium

München 1812

Bibl.Mont. 4403

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10724926-8